

rung und der Investitionen in die Speichertechnologie.

Hinsichtlich aller Punkte ist die nordrhein-westfälische Landesregierung in enger Absprache mit anderen Bundesländern und in engem Dialog mit der Bunderegierung, um gemeinsame Lösungen zu entwerfen.

Lassen Sie mich abschließend, weil Herr Brockes das Thema „Fracking“ aufgeworfen hat, darauf noch einmal konkret eingehen. – Auf der Berliner Ebene ist jetzt nach sehr langer Zeit die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung schon in der vergangenen Wahlperiode erhobene Forderung aufgenommen worden, nämlich über eine Veränderung des Bergrechts eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung einzuführen. Wir finden es richtig, dass dieser nordrhein-westfälischen Initiative jetzt gefolgt wird.

(Beifall von der SPD – Beifall von Thomas Kufen [CDU])

Das ist Punkt 1.

Punkt 2. – Herr Brockes, wenn Sie mir kurz Ihre Aufmerksamkeit schenken, weil Sie gefragt haben, ob es eine Differenz in der Landesregierung gebe. Mit Datum vom 7. September letzten Jahres – daran hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert – haben der Kollege Remmel und ich öffentlich erklärt und haben es seitdem in gleichlautenden Worten immer wiederholt: In NRW wird es keine Genehmigung für die Erkundung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten unter Einsatz von schädlichen Substanzen geben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Einsatz der Fracking-Technologie kann derzeit bis auf Weiteres in NRW nicht genehmigt werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

An dieser Feststellung hat sich nichts geändert. Wir haben am 7. September vergangenen Jahres genauso gemeinsam gesagt: Es soll gemeinsam mit Unternehmen und der Wissenschaft der Versuch gestartet werden zu überlegen, welche konkreten Erkenntnisse durch Erkundungen geliefert werden können, um die Informations- und Wissensdefizite zu beseitigen und eine ausreichende Grundlage für die Entscheidung über mögliche nachfolgende Schritte zu schaffen. Dies soll in einem transparenten und breit angelegten Prozess erfolgen.

Das ist die Basis, auf der diese Landesregierung agiert. Wir sind in Gesprächen mit der Wissenschaft, mit den Unternehmen, um diese zweite Frage zu erörtern. Solange nicht klar ist, dass jede Gefährdung für Trinkwasser, Umwelt, Bürgerinnen und Bürger ausgeschlossen werden kann, wird es keine Genehmigung in Nordrhein-Westfalen geben: klare Haltung, klarer Ansatz, von allen hier getragen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit 1 Minute 41 Sekunden überzogen hat. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 14. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2114**, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 14** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten **verabschiedet**.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

In Verbindung mit:

Eltern und Kommunen brauchen einen Fonds, um Unstimmigkeiten beim U3-Rechtsanspruch zu bewältigen!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2137

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2107 zum Einzelplan 07.

Ich eröffne die Beratung zum

Teilbereich Familie, Kinder und Jugend

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Doppmeier das Wort.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Als Grundlage für Ihr Regierungshandeln dient Ihnen Ihr Koalitionsvertrag. Und genau in diesem steht – ich zitiere –: „Nordrhein-Westfalen muss seine finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.“ – Das klingt schön, das klingt verantwortungsvoll, aber das entspricht leider nicht der Realität Ihres politischen Handelns.

Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen und gewinnen so ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurück.

higkeit zurück. Nur Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen will nicht sparen. 60 % des Minus aller Bundesländer entfällt auf Nordrhein-Westfalen. 3,5 Milliarden € neue Schulden im Jahre 2013 trotz höchster Steuereinnahmen. Eigene Sparvorschläge haben SPD und Grüne bisher nicht oder nur sehr unzureichend gemacht. So sieht Ihre traurige Realität aus.

Schauen wir uns nun in diesem Zusammenhang den Bereich Kinder, Familie und Jugend an!

Da fällt mir beispielsweise das Stichwort „Beitragsfreiheit“ ein. Unsere Fraktion hat sich erneut auf eine Streichung des beitragsfreien Kita-Jahres verständigt, denn der beitragsfreie Kindergarten ist sozialpolitisch der falsche Weg. Dadurch werden weder Bildungschancen verbessert noch besuchen mehr Kinder die Kindergärten.

(Dennis Maelzer [SPD]: Was haben Sie denn im Wahlkampf gesagt?)

Wer nicht genug verdient, wird heute aufgrund der Staffelung der Elternbeiträge ohnehin nicht belastet. Somit profitieren von diesen rot-grünen Beitragsgeschenken vor allem doch Besserverdienende, die sonst die höchsten Beiträge zahlen müssten und somit unsere öffentlichen Kassen entlasten würden. Es ist somit unsozial, an diesem Wahlversprechen von Ihnen festzuhalten und damit nur höhere Einkommensschichten zu begünstigen. Denn dies kostet den Landeshaushalt 148 Millionen €. Und die muss jeder Steuerzahler mittragen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maelzer zulassen?

Ursula Doppmeier (CDU): Ja.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Können Sie mir bestätigen, dass die CDU im Wahlkampf noch versprochen hat, es bei der Beitragsfreiheit des dritten Kita-Jahres zu belassen?

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Maelzer, Minister Schneider sagte es schon: Keiner kann uns daran hindern, schlauer zu werden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist ein Adenauer-Zitat, aber Sie müssen es ja wissen!)

So ist es bei uns. Wir haben uns eindeutig dafür ausgesprochen, das beitragsfreie Kindergartenjahr wieder zurückzuführen.

Lassen Sie mich beim Haushalt fortfahren. Ein weiteres Stichwort: der sexuelle Missbrauch. Wir haben mit unserem Änderungsantrag einen Vorschlag – und damit auch unsere Hausaufgaben – gemacht.

Sie aber, verehrte Frau Ministerin Schäfer – und diesen Vorwurf müssen Sie sich jetzt gefallen lassen – stehen bei den Opfern in der Schuld. Die Ministerpräsidentin nutzt jede Gelegenheit – so auch am Sonntagabend in einem bekannten Politik-Talk –, den Menschen zu verkaufen, dass sie kein Kind zurücklassen will.

Aber genau das tun Sie. Wie ernst der Bund die Opferunterstützung nimmt, erkennt man daran, dass er bereit ist, seinen Anteil von 50 Millionen € zu leisten. Weitere 50 Millionen € für einen Hilfsfonds in Höhe von 100 Millionen € steuern die Länder bei.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Asch zulassen, die auf dem Platz von Herrn Keymis sitzt?

Ursula Doppmeier (CDU): Jetzt möchte ich erst meine Ausführungen beenden. – Da sind Sie, da sind wir in Nordrhein-Westfalen gefordert. Mit insgesamt 10 Millionen € wollen wir im Haushalt 2013 die Ergebnisse des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ im familiären Bereich umsetzen. Mit diesem Beitrag wollen wir dafür sorgen, dass Kindern durch Therapien geholfen und wirklich kein Kind zurückgelassen wird.

Ich sage Ihnen: Hören Sie doch auf, an Sonntagen das eine zu erzählen und des Montags das Gegenteil zu veranlassen!

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Würden Sie jetzt die Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Asch zulassen?

Ursula Doppmeier (CDU): Ja.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Andrea Asch (GRÜNE): Danke, liebe Kollegin Doppmeier, für das Zulassen der Zwischenfrage. – Ich möchte eine Frage zu dem Punkt „Entschädigung der Opfer sexuellen Missbrauchs“ stellen. Können Sie uns erklären, warum die CDU-Fraktion einen Antrag auf 10 Millionen € nicht bereits in ihrem Haushaltspaket am Mittwoch, sondern erst am Donnerstag nach der Presseberichterstattung über die Verhandlung zwischen Bund und Ländern vorgelegt hat?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, bitte schön.

Ursula Doppmeier (CDU): Frau Abgeordnete, wir sind zu jenem Zeitpunkt ganz aktuell auf die Meldung eingegangen, dass der Bund sich zur Zahlung von 50 Millionen € bereit erklärt hat. Da ist es nur recht und billig, dass auch die Länder ihren Anteil leisten. Sie schimpfen ja immer auf den Bund und fordern ihn zum Handeln auf. Wenn dann der Bund etwas gibt, dann wollen Sie auf einmal Ihren Teil nicht mehr erfüllen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Lassen Sie mich ein weiteres Stichwort zur Übernahme finanzieller Verantwortung im Bereich der Familien- und Jugendpolitik nennen: die U3-Betreuung. – Auch hier hat der Bund seine Hausaufgaben gemacht. Mit 580 Millionen € fördert die Bundesregierung den Ausbau der U3-Betreuungsplätze in den Jahren 2013 und 2014. Nordrhein-Westfalen erhält für diesen Zeitraum 126 Millionen €. Daran erkennen Sie, mit welcher Ernsthaftigkeit und Verantwortlichkeit die Bundesregierung wirklich kein Kind zurücklassen will.

Sie hingegen, Frau Schäfer, wissen – wie wir dem Haushaltsplan entnehmen können – noch nicht einmal, wie es nach Sommer 2013 mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz weitergehen wird; denn uns allen ist bekannt: Der Bedarf wird noch weiter steigen. Sie haben weder einen Plan bis zum Sommer 2013, noch darüber hinaus.

Aber genau das brauchen wir doch, wenn wir wirklich eine Politik der finanziellen Verantwortung im Sinne unserer Kinder machen und somit kein Kind zurücklassen wollen.

Darum appelliere ich an Sie, Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung: Hören Sie endlich auf, den Menschen im Land mit warmen Worten und entsprechenden Schriften Sand in die Augen zu streuen. Lassen Sie uns gemeinsam eine ehrliche Finanzpolitik im Bereich Familie, Kinder und Jugend betreiben und somit die finanzielle Handlungsfähigkeit für unser Land Nordrhein-Westfalen zurückgewinnen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Für die SPD-Landtagsfraktion spricht Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen von Frau Doppmeier ist es geradezu abenteuerlich, was für eine Art von Schuldenpolitik wir hier in Nordrhein-Westfalen gefahren haben.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Sie haben Ihre Regierungszeit mit 113 Milliarden € Schulden begonnen und haben die Regierung mit

einem Schuldenstand von 126 oder 127 Milliarden € – die Financer wissen das besser – abgegeben. – Was ist denn das für eine Schuldenpolitik? Was haben Sie denn da gemacht?

(Zurufe von der CDU)

Im Hinblick auf die Pro-Kopf-Verschuldung befinden wir uns derzeit im Mittelfeld der Länder. Das, was Sie mit Blick auf die Verschuldung des Landes hier an Popanz aufbauen und auch noch der Ministerpräsidentin anhaften wollen, ist wirklich lächerlich. Das glaubt Ihnen doch niemand mehr.

In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung hatten Sie die Schulden für die nächsten Jahre noch deutlich höher taxiert als das, was wir jetzt realisiert haben.

(Widerspruch von der CDU)

Ein weiteres Märchen, Frau Doppmeier – Herr Laschet hat es neulich noch in den Zeitungen verbreitet – besagt, wir würden durch die Beitragsfreiheit reiche Eltern entlasten.

Frau Doppmeier, ich bitte Sie herzlich: Schauen Sie sich die Untersuchungen an. Die Wahrheit ist, dass wir gerade die Geringverdiener entlasten, denn diese Gruppe bezahlt prozentual die höchsten Beiträge in dem noch von Ihnen zu verantwortenden System.

Das heißt also: Die Beitragsbefreiung ist nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Eltern, sondern auch noch ein sozialer Akt gerade gegenüber denjenigen, die besonders wenig Geld verdienen.

(Beifall von der SPD)

– Das kann man ruhig einmal beklatschen. – Ich habe es schon einmal gesagt: Die Eltern geben ein Vermögen für die Bildung ihrer Kinder aus. Wenn der gewünschte Bildungserfolg eingetreten ist, wenn diese Kinder irgendwann einmal Lehrer, Sozialarbeiter, Krankenschwester oder Polizisten werden, dann hat die gesamte Gesellschaft etwas von diesem Bildungserfolg. Alle – die Rentner, die Kinderlosen usw. – haben etwas davon.

Deshalb darf Bildung nicht gebührenfinanziert sein. Denn wenn alle etwas davon haben, sollten auch alle etwas dafür bezahlen. Also muss das Ganze steuerfinanziert sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sind dagegen. Sie wollen das weiter über Gebühren finanzieren. Das ist eine Ungerechtigkeit gegenüber den Eltern. So müssen wir das diskutieren.

Übrigens, Frau Doppmeier: Was machen eigentlich gerade die Bayern mit den Studiengebühren? Was passiert denn da? – Jeder kann lernen. An diesem Punkt lernen die Bayern. Sie können da auch von Nordrhein-Westfalen lernen. Da sind wir ganz großzügig.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Jörg, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Laumann zulassen?

Wolfgang Jörg (SPD): Von Herrn Laumann? Aber selbstverständlich. Bitte, Herr Laumann.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Karl-Josef Laumann (CDU): Herr Kollege Jörg, Sie haben ausgeführt, dass die Verschuldung in Nordrhein-Westfalen nicht so schlimm sei. Ich würde Sie gerne fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass unser Land im letzten Jahr 60 % der gesamten Neuverschuldung aller Bundesländer aufgenommen hat, und zwar bei einem Bevölkerungsanteil von 22 %.

Außerdem möchte ich Sie fragen, wie Sie als jemand, der diese Regierung verteidigt, es einschätzen – Sie haben Gebühren eben als ungerecht bezeichnet –, dass wir jetzt in Nordrhein-Westfalen die Situation bekommen, dass der angehende Apotheker gebührenfrei studiert, aber seine zukünftige Gehilfin die Schule alleine bezahlen muss. Ist das ein neuer Begriff von sozialer Gerechtigkeit in Ihrer Regierung?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Laumann, erstens haben wir im Gegensatz zu Ihrer Regierung die Schulden weiter zurückgefahren. Zweitens wissen Sie ...

(Lachen von der CDU und der FDP)

– Ja, natürlich. Strukturell haben wir das getan. Ich bin ja sehr froh, dass Sie über sich selbst lachen können; denn Sie wissen doch, welche Lasten Sie den Kommunen zugunsten Ihrer Haushaltskasse aufs Auge gedrückt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich brauche das hier gar nicht im Einzelnen darzustellen. Ihre Strategie nimmt Ihnen doch überhaupt keiner mehr ab. Dass es unterschiedliche Ausbildungsgänge gibt, die unterschiedlich finanziert worden sind – das hat in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen Tradition –, wissen Sie besser als jeder andere. Sie führen hier einen Popanz auf, weil Sie in Wirklichkeit familienpolitisch und bildungspolitisch völlig am Ende sind. Deshalb kann man sich auch das Ergebnis von 26 % erklären, das Sie eingefahren haben. Sie sind da völlig unglaublich.

Diese Landesregierung wird als die Landesregierung in die Geschichte des Landes eingehen, die

den U3-Rechtsanspruch realisiert. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, werden in diesem Diskurs nur eine Statistenrolle erhalten, weil Sie keinen wesentlichen Beitrag geleistet haben. Wir werden den Rechtsanspruch umsetzen.

Wir haben vieles im Bereich der Kitas verbessert. Wir haben Bürokratieabbau organisiert. Wir haben mehr U3-Personal zur Verfügung gestellt. Wir haben das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. Wir haben den Krippengipfel durchgeführt. Alle Akteure auf dem Feld – ich kann das nur immer wieder sagen – sind mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden. Das müssen Sie doch bitte einmal zur Kenntnis nehmen.

(Marcel Hafke [FDP]: Nur die Eltern nicht!)

– Die Eltern? Natürlich sind die Eltern auch zufrieden.

(Lachen von der FDP)

– Ja, es ist so. Das hört man, wenn man mit den Akteuren spricht. Wir sind schließlich mit den Eltern im Kontakt. Sie haben doch nie mit ihnen gesprochen. Und Ute Schäfer ist im Gegensatz zu Armin Laschet bei allen Akteuren ein gern gesehener Gast. Das hätten Sie sich damals bei Ihrem Minister gewünscht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Akteure sind also alle zufrieden – bis auf die Opposition, bis auf die CDU, Herrn Laumann und Konsorten. Das ist aber auch völlig in Ordnung; denn das ist auch Ihre Rolle. Und was bleibt Ihnen denn auch anderes? Wenn Sie Ihre eigene inhaltliche Arbeit anschauen, sehen Sie nur Wüste. Daher müssen Sie irgendetwas an den Haaren herbeiziehen. Sie veranstalten jetzt Pressekonferenzen zu Öffnungszeiten, die Sie zu verantworten haben. Da kann man wirklich nur lächelnd zur Seite gucken. Ich glaube, dass die Bevölkerung Ihre Strategie auch durchschaut; denn sie ist sehr einfach zu erkennen und zu widerlegen.

Wir haben beim Landesjugendplan schon 100 Millionen € auf den Tisch gelegt. Das hatten Sie damals auch versprochen. Wir haben es realisiert.

(Beifall von Dagmar Hanses [GRÜNE])

In der Zukunft werden wir uns noch intensiver um die inhaltliche Arbeit gerade in der Jugendpolitik kümmern müssen, weil der Ausbau des Ganztags dazu führt, dass dort viele Konflikte entstehen.

Wir geben nicht nur Geld, sondern haben auch ein Interesse daran, diese Arbeit inhaltlich weiterzuentwickeln. Das ist ein weiterer Unterschied. Sie haben fünf Jahre mit den Jugendverbänden gar nicht gesprochen. Zwar haben Sie ihnen das Geld gegeben, aber an der eigentlichen Arbeit waren Sie nicht interessiert. Wir sind da anders aufgestellt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Wolfgang Jörg (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist das Fortschreiben einer guten Kinder- und Jugendpolitik. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die FDP-Landtagsfraktion spricht der Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Wolfgang Jörg, es ist schon interessant, zu sehen, wie weit man sich manchmal von der Realität entfernen kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Selbst dieser Einzelplan spiegelt die gesamte Verschuldungspolitik dieser Regierung wider. Nordrhein-Westfalen ist alter und neuer Schuldenmeister. Schuldenkönigin – sie ist gerade nicht hier – ist Hannelore Kraft. Der letzte verfassungswidrige Haushalt liegt noch gar nicht lange zurück. Die mittelfristige Finanzplanung ist eine Katastrophe. Sich dann hierhin zu stellen und so zu tun, als sei alles in Ordnung, ist absolut realitätsfern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden diesen Haushalt ablehnen, weil er nicht die entscheidenden Weichen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt, weil er nicht die entscheidenden Weichen für eine gute Familienpolitik stellt und weil er nicht die Hürden herabsetzt, um Familienpolitik zu gestalten und Bürokratie abzubauen.

Lieber Wolfgang Jörg, es ist genau so, wie die Ministerpräsidentin und die Ministerin sagen: Es geht hier nur um Zuversicht. Es geht um ein Bauchgefühl, ob der Rechtsanspruch am 1. August 2013 erfüllt werden kann. Hier wird nach sechs Monaten immer noch mit alten Zahlen agiert. Es gibt keine genaue Zahl darüber und kein fundiertes Argument, ob der Rechtsanspruch am 1. August 2013 überhaupt erfüllt werden kann.

Maßstab sind auch nicht die von der Ministerpräsidentin und der Ministerin immer wieder ins Feld geführten Prozentzahlen von 32 bzw. 34 %. Alleiniger Maßstab ist die tatsächliche Nachfrage. Wir werden einmal schauen, ob dieses Angebot am 1. August 2013 auch irgendwo realisiert werden wird.

Ich hätte mich gefreut, hätten Rot-Grün und die Ministerin auch einmal die folgenden Fragen beantwortet; denn die Menschen in unserem Land machen sich nun einmal Sorgen, lieber Wolfgang Jörg, und wissen nicht, wie sich die Situation darstellt.

Daher wäre es gut gewesen, wenn die Ministerin uns einmal erklärt hätte, ob die finanziellen Mittel zum U3-Ausbau überhaupt ausreichen, wie denn der Geltungsumfang für den Rechtsanspruch aussieht, welche Anmeldefristen es gibt und wie mit möglichen Klagen umgegangen wird.

Den Kommunen hat man bislang auch noch nicht auf ihre Fragen geantwortet. Sie lässt man im Regen stehen. Diese Politik ist nicht hilfreich, weil so viele Fragen immer noch offen sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin auch der Meinung, nach drei Jahren in der zweiten Legislaturperiode kann man dann auch irgendwann einmal Verantwortung übernehmen und die entsprechenden Fragen beantworten.

Der Landkreistag hat sich in der letzten Woche geäußert.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Sehr positiv!)

– Sehr positiv, aber – ich sage es ganz deutlich – das ist keine Entwarnung. Es geht hier um die Landkreise und nicht um die Ballungsgebiete. Da wird die Nachfrage deutlich höher sein. Deswegen ist es keine Entwarnung. Ganz im Gegenteil, der Landkreistag hat sogar darum geben, dass sich die Landesregierung zu den Anmeldefristen einmal klar äußern möge.

Auf meine Kleine Anfrage antwortet die Landesregierung: Wenn Wünsche nach einheitlichen Anmeldefristen kommen, dann verschließen wir uns nicht. – Dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass diese Wünsche nun auf dem Tisch liegen. Ich wäre froh, wenn die Landesregierung proaktiv auf die Kommunen zugehen würde.

(Beifall von der FDP)

Das möchte ich noch mit einem Argument untermauern. Diese Landesregierung schreibt sich immer auf die Fahne, sehr kommunalfreundlich zu sein. Das finde ich an Absurdität kaum noch zu überbieten. Das 5. Schulrechtsänderungsgesetz, das wir in der letzten Woche im Ausschuss diskutiert haben, wird ohne Kostenfolgeabschätzung auf den Weg gebracht, ohne die Konnexitätsrelevanz zu prüfen, einfach hier im Parlament verabschiedet, und die Kommunen werden allein im Regen stehen gelassen. Das hat nichts mit kommunalfreundlicher Politik zu tun.

(Beifall von der FDP und Klaus Kaiser [CDU])

Zu Ihrer Politik möchte ich doch noch etwas sagen: Sie entziehen der Kinder- und Jugendpolitik wichtige finanzielle Mittel in Höhe von 150 Millionen € für das beitragsfreie Kindergartenjahr. Ja, natürlich ist das wünschenswert, aber wir können im Moment nicht das Wünschenswerte machen, wir müssen das Notwendige machen.

(Beifall von der FDP)

Und das Notwendige ist im Moment nicht das beitragsfreie Kindergartenjahr. Es geht kein Kind zusätzlich in den Kindergarten aufgrund Ihres beitragsfreien Kindergartenjahres. Es wird keine Erzieherin zusätzlich eingestellt, es wird keine Erzieherin besser bezahlt, die Flexibilität in den Kindergärten wird nicht verbessert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird ebenfalls nicht verbessert. Es ist also im Moment herausgeworfenes Geld, das an anderen Stellen dringend notwendig ist.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie, Frau Altenkamp, landeseinheitliche Elternbeiträge eingeführt hätten, dann wäre das wenigstens noch irgendwo sinnhaftig allen zugutegekommen. Aber das hier ist reine stupide Umsetzung von Wahlversprechen, die keinem etwas bringen.

(Zuruf)

– Ja, das ist leider so. Die 150 Millionen € fehlen uns vorne und hinten.

Deswegen werden wir diesen Haushaltsplan ablehnen. Wir erwarten eine vernünftige Prioritätensetzung, ein vernünftiges Controlling, vernünftige Zahlen, Pläne und Visionen, wie man es umsetzen kann, eine vernünftige Evaluierung der familienpolitischen Leistung, um sie auf Effektivität und Effizienz zu überprüfen. All das fehlt. Wir haben Baustellen über Baustellen. Deswegen werden wir diesen Haushaltsplan ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Haushalt 2013 stehen im Kapitel Kinder, Jugend, Familie 2,4 Milliarden €. Das sind 2,4 Milliarden €, die wir für die Zukunft dieses Landes investieren. Genau darum geht es.

Bei allen Sparanstrengungen, die wir unternehmen, bei allen Sparnotwendigkeiten, die vorhanden sind, setzen wir mit Rot-Grün Schwerpunkte. Ein Schwerpunkt sind die Familien im Land, sind die Kinder und Jugendlichen im Land. Dazu stehen wir, das ist richtig so, und das ist zukunftsorientierte Investition und Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die CDU-Fraktion will ja mit ihren Einlassungen hier sowieso nur von ihrem absoluten familienpolitischen Desaster und von ihrem vollkommenen Blindflug ablenken.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Was der Vorsitzende dieser Partei hier in Nordrhein-Westfalen für eine Position in Bezug auf die steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Ehen bezieht, ist vollkommen absurd, das ist Politik der 50er-Jahre. Das ist Familienpolitik im Geisterflug.

(Beifall von den GRÜNEN)

Derselbe Herr Laschet, der sich immer bemüht hat, die CDU in Richtung großstädtisches Publikum aufzustellen,

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sagen Sie doch, was Sie wollen!)

knickt hier ein, weil er sieht, dass der konservative Teil der CDU von der Fahne geht und ihm nicht folgt. Das ist Populismus pur. Liebe CDU-Fraktion, das spüren die Menschen. Die Menschen spüren, dass das ehemalige Kernthema, das die CDU hatte, Familienpolitik, bei Ihnen nicht mehr besetzt ist, dass Sie überhaupt keinen Kompass mehr in der Familienpolitik haben, dass Sie hier eine Geisterbahnfahrt hinlegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit. Populismus pur sehen wir auch bei dem, was wir heute wieder von Frau Doppmeier gehört haben in Bezug auf die Finanzierung des Fonds für sexuellen Kindesmissbrauch.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Haben Sie auch etwas zu Ihrer eigenen Position zu sagen?)

Ich habe es eben in meiner Frage schon angedeutet. Ich finde es abenteuerlich, dass Sie in Ihren Haushaltsanträgen nicht auf die Idee kommen, dass da vielleicht irgendein Problem vorliegt, aber dann, wenn es in der Presse steht, ganz schnell einen Antrag zusammenschreiben und den dann am Donnerstag nachliefern. Das ist eine genauso populistische Position.

Ich möchte auch noch inhaltlich etwas dazu sagen:

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Hui!)

Wenn Sie sich mit dem Thema näher beschäftigen, was Sie offenbar nicht getan haben, werden Sie feststellen, dass es kein einziges Bundesland gibt – auch kein schwarz geführtes Bundesland –, das Mittel für diesen Fonds in seinen Haushalt eingestellt hat. Warum ist das so? – Weil die Bundesländer sich einig sind, Frau Doppmeier. Machen Sie sich einmal kundig! Sie sind sich einig, dass zuerst die Bundesregierung ihre Hausaufgaben in diesem Feld machen muss.

Die Bundesregierung hat noch nicht einmal an den letzten Treffen des Runden Tisches teilgenommen. Sie hat die Zusage, das Opferentschädigungsgesetz zu ändern, nicht erfüllt. Sie hat nicht die Zusage erfüllt, das SGB V zu ändern, damit therapeutische Hilfen, Prävention für die Kinder, die von sexuellem Missbrauch betroffen sind, finanziert wer-

den können. Das ist die Wahrheit, und daher resultiert der Konflikt zwischen den Ländern und dem Bund, der durchaus auch von den CDU-geführten Bundesländern so gesehen wird.

Meine Damen und Herren, kommen wir zur FDP.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Au ja! Sprechen Sie doch einmal über Ihre Position!)

Herr Hafke, ich muss sagen, Ihre bergische Quengelei bei diesem Punkt – ich kann es nicht anders nennen – ist langsam wirklich unerträglich. Statt hier einmal einen konkreten Vorschlag zu machen,

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Machen Sie doch einen!)

statt einmal zur Kenntnis zu nehmen, wie die Systematik der Verteilung zwischen Landesverantwortung und kommunaler Verantwortung aussieht, statt zur Kenntnis zu nehmen, dass nicht wir als Land es sind, die die Steine in die Hand nehmen und die Einrichtungen bauen, und statt einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass wir 27.000 neue Plätze in diesem Haushalt finanzieren, stellen Sie Fragen über Fragen, die Sie sich selbst mit einem Blick ins Gesetz beantworten könnten.

Das ist ein Beratungsniveau, das dieses Parlaments nicht würdig ist. Neulich hat eine Zuschauerin aus dem Ausschuss gesagt, in jedem Kinder- und Jugendhilfeausschuss vor Ort, auf kommunaler Ebene, werde das Thema seriöser diskutiert als von der Opposition hier im Landtag Nordrhein-Westfalen. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Hafke, es ist einem Abgeordneten schon abzuverlangen, dass er sich selbst die fachlichen Grundlagen erarbeitet, statt dass er mit permanenten Nachfragen, die völlig überflüssig sind, von uns fordert, dass wir ihm immer wieder die Sachlage erklären.

Wir haben mit Rot-Grün 2010 die Wende zur ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage gestatten?

Andrea Asch (GRÜNE): Gerne. Wer stellt sie?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Der Abgeordnete, der auf dem Platz von Herrn Lindner sitzt. – Bitte schön.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Asch, danke für die Möglichkeit zur Zwischenfrage.

Ich wollte fragen: Sprechen Sie auch noch zu dem, was die Grünen vertreten, oder wollen Sie es mit einer Bewertung der Opposition bewenden lassen?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Herr Stamp, wissen Sie, was die Grünen vertreten? Die Grünen vertreten gemeinsam mit der SPD diesen Haushalt, und in diesem Haushalt stehen 2,4 Milliarden € für Kinder und Jugendliche. Das ist konkrete Politik,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

das sind keine Einlassungen auf theoretischer Ebene. Das ist konkrete Politik für Kinder und Jugendliche.

Ich kann es Ihnen auch noch einmal etwas genauer sagen: 90 Millionen € mehr für den Investitionsbereich U3 – in Ihrer Regierungszeit kein Cent an Landesmitteln –, 88 Millionen € mehr aus dem Belastungsausgleich für die Kommunen. Das sind unsere Leistungen. Das ist Geld, das den Kommunen, das den Familien, das den Kindern zugutekommt. Das ist grüne und das ist SPD-Politik. Eine deutlichere Antwort gibt es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben 2010 mit Rot-Grün hier in Nordrhein-Westfalen die Wende hin zu einer familienfreundlichen, hin zu einer kinderfreundlichen Politik eingeleitet, nachdem wir in diesem Land fünf verschenkte Jahre unter Schwarz-Gelb erleben mussten. Wir sind dafür von den Wählerinnen und Wählern 2012 klar bestätigt worden. Wir bleiben auf diesem Kurs, wir werden diesen kinderfreundlichen Kurs hier in Nordrhein-Westfalen fortsetzen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Das ist toll: Wenn Frau Asch vor mir dran war, muss ich das Rednerpult gar nicht verändern.

So recht weiß ich noch gar nicht, wo ich anfangen kann. Aber ich glaube, ich mache einmal in der Reihenfolge weiter, wie meine Vorredner gerade gesprochen haben.

Frau Doppmeier, in der Tat, Sie haben vollkommen recht: Wir müssen über dieses dritte Kindergartenjahr reden, vermutlich aber nicht mit dem Ergebnis, das Sie sich wünschen. Vielmehr ist das einzig und allein Akzeptable im Bereich der Finanzierung von Bildungskosten: Die Bildung muss grundsätzlich – Kollege Jörg hat das vorhin richtigerweise schon gesagt – kostenfrei sein, für jeden.

(Beifall von den PIRATEN – Christian Lindner [FDP]: Betrifft das auch die PTA?)

– Ja, auch über die PTA kann man sicherlich reden. Da sind die Kollegen im entsprechenden Ausschuss auch dran. Aber das gehört nicht ganz zu diesem Einzelplan. Aber das macht ja nichts.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege Lindner.

(Zurufe von Christian Lindner [FDP] und den PIRATEN)

– Ich glaube, das ist eine Weiterbildung.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Es gibt die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen. Dann haben wir ein geordnetes Verfahren. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Daniel Düngel (PIRATEN): Sehr gerne. – Ich habe Sie schon verstanden. Aber ich glaube, das geht eher in den Bereich der Weiterbildung. Darüber reden wir jetzt gerade nicht. An dieser Stelle sind wir im Bereich des Einzelplans Kinder, Familie, Jugend.

(Christian Lindner [FDP]: Was ist denn mit der Meisterausbildung? – Gegenruf von den PIRATEN: Wollen wir jetzt einen Dialog machen?)

– Haben Sie noch ein paar Beispiele? Sammeln Sie erst; dann können wir vielleicht eine gesammelte Zwischenfrage daraus machen.

Ich mache weiter: Bildung muss kostenfrei sein, nicht nur das dritte Kindergartenjahr.

(Weiterer Zuruf von Christian Lindner [FDP] – Unruhe von der CDU)

– Soll ich so lange ruhig sein? Dann können Sie sich unterhalten.

(Christian Lindner [FDP]: Seien Sie doch nicht so zart besaitet!)

– Ich bin gar nicht zart besaitet, Herr Lindner. Das ist schon okay.

Bildung muss kostenfrei sein, und zwar vom ersten Kindergartenjahr an, gar keine Frage.

Herr Jörg hat es gerade noch einmal gesagt – ich persönlich würde mir wirklich wünschen, dass wir das tatsächlich realisieren können –, wir haben es in den letzten Tagen immer wieder in der Zeitung gelesen, die Ministerpräsidentin sagt das, die Ministerin sagt das: Wir werden den U3-Rechtsanspruch erfüllen. – Das wäre schön. Ich glaube, niemand hier in diesem Haus hat etwas dagegen, wenn das tatsächlich eintritt.

Was aber tatsächlich passieren wird, Frau Ministerin Schäfer, ist wohl eher Folgendes: Ich traue Ihnen zu, dass Sie die 32 % erreichen werden. Aber Sie werden den faktischen Bedarf – das hat auch Kollege Hafke gerade schon erwähnt –, den tatsächlichen Bedarf der Eltern zum 1. August nicht decken können. Ich halte es immer noch für sehr bedauerlich, dass Sie nicht dazu stehen und sagen: Okay, wir haben da möglicherweise noch ein Problem, und wir gehen dieses Problem dann weiter an.

Sie haben viel getan; das haben wir auch schon sehr oft hier debattiert. Das will ich auch gar nicht in irgendeiner Form abstreiten. Wir haben aber auch etwas getan. Selbstverständlich haben wir versucht, uns konstruktiv in diese Debatte einzubringen. Wir haben einen Antrag vorgelegt, aufgrund dessen letzten Endes ein U3-Fonds geschaffen werden soll.

Zwei Dinge wollen wir mit diesem Fonds erreichen. Wir wollen zum einen, dass Eltern an dieser Stelle unterstützt werden können, dass Eltern Möglichkeiten haben, Betreuungsplätze von fachlich qualifizierten Stellen vermittelt zu bekommen.

Zum anderen wollen wir nicht zuletzt aber auch, dass die Kommunen unterstützt werden können. Wir als Land sind in der Pflicht, die Kommunen dann auch in finanzieller Hinsicht zu schützen. Wenn tatsächlich Klagen kommen, dann stehen wir als Land in der Verpflichtung, dort auch finanziell einzutreten.

Dafür soll dieser Fonds geschaffen werden. Mir ist, ehrlich gesagt, etwas schleierhaft, warum er im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt wurde, übrigens mit den Stimmen aller vier anderen Fraktionen.

Noch ein kleiner Nebenpunkt dabei, Frau Ministerin – wir hatten auch schon im Haushaltsausschuss darüber gesprochen –: Wenn wir den Einzelplan 07 debattieren, dann sollten wir, weil es eben Punkte im Haushaltsplan sind, natürlich auch über den Kinder- und Jugendplan reden. Ich hatte schon im Ausschuss mein Unverständnis geäußert – ebenso die anderen Kollegen aus der Opposition – und gesagt, dass wir dieses Verfahren als etwas merkwürdig erachten. Das Gesetz schreibt nichts Konkretes vor. Das Gesetz sagt nur: Der Ausschuss ist zu beteiligen. Wann das geschieht, ist im Prinzip egal, irgendwann dann einmal. Sie sind also auf gesetzlich ganz sicherem Boden, überhaupt gar keine Frage.

Aber ist das richtig? Ist das der sinnvolle Weg? Ist es sinnvoll, erst den Haushalt zu verabschieden? Wir reden über 100 Millionen €. Die stehen da, ohne dass wir uns auch nur annähernd über den Inhalt unterhalten. Das halte ich nicht für den richtigen Weg. Wir werden dieses Thema in den nächsten Monaten – das wird uns jetzt für die Einzelplanberatung nichts mehr bringen – sicherlich noch einmal aufgreifen und eine Änderung anregen. Ich hoffe,

dass wir auf einen vernünftigen gemeinsamen Weg kommen. – An der Stelle herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Für die Landesregierung möchte ich noch einmal festhalten, dass die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ein zentraler Schwerpunkt der Landesregierung ist und bleibt. Kollegin Asch hat noch einmal darauf hingewiesen, dass sich dies mit 2,4 Milliarden € im Haushaltsentwurf des Landes abbildet. Für die beiden Kapitel „Familiendienste und Familienhilfen“ sowie „Kinder- und Jugendhilfe“ ist ein beträchtlicher Umfang vorgesehen. Ich glaube, damit ist – das möchte ich noch einmal betonen – klar, welche familien-, jugend- und kinderpolitischen Zielsetzungen wir hier in Nordrhein-Westfalen verfolgen.

Ich komme noch einmal – Sie hatten das angemahnt, Herr Dr. Stamp – zu den Inhalten. Klar ist, dass wir den Kommunen bei der Realisierung des Rechtsanspruchs helfen wollen. Dafür haben wir landesseitig ein Investitionsprogramm von 440 Millionen € in den Jahren seit der Regierungsübernahme 2010 aufgelegt. Ich darf an Ihre Zeit der Regierungsverantwortung erinnern. Da lag nicht ein einziger Euro, kein einziger Cent irgendwo bereit, um landesseitig das Bundesprogramm ergänzend zu stützen, wie es 2007 beim Krippengipfel auf Bundesebene verabredet worden ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben überhaupt keinerlei Vorsorge für weitere Entwicklungen getroffen. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich betonen. Deswegen können Sie uns keine Untätigkeit vorwerfen. Wir haben als Land diesen Anteil getragen und tragen ihn weiter.

Als Land haben wir einen weiteren Sündenfall ausgeräumt. Das Verfassungsgericht hatte Ihnen nämlich ins Stammbuch geschrieben, Sie hätten es versäumt, ein Lastenausgleichsgesetz zu machen. Dafür haben wir, Herr Hafke, ein Finanzvolumen von 1,4 Milliarden € bis 2018 bereitgestellt, das den Kommunen für Betriebskosten zur Verfügung gestellt wird. Wir entlasten die Kommunen – auch das ist eine Zielsetzung dieses Landes, Herr Dr. Stamp – bei den Betriebskosten für U3-Kinder und erstatten demnächst – ab dem 01.08.2013 – 55 % statt 35 %. Das ist eine Unterstützung der Kommunen sowie der Eltern und Familien, ein guter Beitrag für die Kinder in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

An der Stelle möchte ich auf die Beitragsfreiheit eingehen. Auch hierzu nenne ich das Stichwort „Sündenfall“. Frau Doppmeier und Herr Hafke, der eigentliche Sündenfall in der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen war der, dass Sie in Ihrer schwarz-gelben Regierungsverantwortung die soziale Staffelung bei den Kindergartenbeiträgen aufgehoben haben. Sie haben in Nordrhein-Westfalen einen unverantwortbaren Flickenteppich zugelassen, der von uns aber leider nicht sofort repariert werden kann.

Frau Doppmeier, Sie sagen, man könne schlauer werden, was die Beitragsfreiheit angeht, seine Meinung könne man so oder so kundtun. Ich will Sie daran erinnern, dass Sie zu Zeiten der Wahl von Vertrauensschutz gegenüber den Familien in Nordrhein-Westfalen gesprochen haben. Das haben Sie inzwischen offensichtlich auch schon wieder vergessen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stamp zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, bitte.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich habe eine Nachfrage zum 5. Schulrechtsänderungsgesetz. Dazu haben wir im Ausschuss letztendlich noch keine abschließende Klärung hinbekommen. Wir haben die Erfahrung gemacht

(Stefan Zimkeit [SPD]: Frage!)

– darauf haben wir Sie aufmerksam gemacht –, dass unsere Kämmerer vor Ort – ich komme zur Frage – sehr genau ausrechnen können, was das die Kommunen kostet. Gleichzeitig wird von Ihnen die Konnexität bestritten. Deswegen möchte ich von Ihnen gerne wissen, wieso Sie hier die Konnexität nicht anerkennen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Dieses Verfahren ist nicht so, wie Sie es sagen. Die Kommunen werden durch die kommunalen Spitzenverbände vertreten. Dort gab es klare Vereinbarungen mit dem Schulministerium, wie mit diesem Fakt umzugehen ist. Das Land bezahlt selbstverständlich allen Kommunen für jedes weitere Kind, das zusätzlich in eine Kita kommt, die Kindespauschale. Wir kommen da unseren Verpflichtungen ganz eindeutig nach.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte gerne noch auf den einen oder anderen Punkt eingehen, der von den Kollegen angesprochen worden ist. Vonseiten der Piratenpartei wurde angemerkt, wir müssten jetzt noch einen Fonds zur Unterstützung der Eltern schaffen, was die möglichen Klagen angeht, die jetzt kommen werden. An der Stelle sei gesagt: Der Rechtsanspruch richtet sich nun einmal an die Kommunen. Das ist und bleibt so.

Wir unterstützen die Kommunen mit jedem Cent, mit jedem Euro bei dem Ausbau von Plätzen für Kinder. Ich glaube, da ist das Geld richtig angelegt. Wir brauchen keine neuen Stellen, auch keine neuen Ombudsstellen, sondern wir benötigen die Plätze. Dabei unterstützen wir die Kommunen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Eltern über die Möglichkeiten beraten werden müssen, was die Kindertagespflege angeht, so ist das originäre Aufgabe der Familienzentren. Das ist auch in ihrem Aufgabenkatalog so vorgesehen.

Herr Hafke, Sie haben viel von Zielen gesprochen. Sie wollen sehr viele Dinge ändern, aber Sie haben, glaube ich, keinen einzigen Antrag zu diesem Haushalt eingebracht. Deswegen frage ich mich, wo eigentlich Ihre Zielsetzungen sind.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Düngel zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, bitte.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich möchte noch einmal nachhaken. Sind Sie der Meinung, dass das Land nicht eintreten muss, wenn, was wir alle nicht wollen, eine Klagewelle auf uns zukommen sollte und wenn möglicherweise Schadenersatzforderungen auf die Kommunen zukommen sollten?

Ich kann auch nur die Expertisen, die die kommunalen Spitzenverbände vorgelegt haben, dahin gehend interpretieren, dass sich der Rechtsanspruch in der Tat gegen die Kommunen richtet. Weil wir wissen, dass die Kommunen da in einer schwierigen Lage sind – das ist in den Großstädten und im ländlichen Raum unterschiedlich –, haben wir wirklich mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten versucht, was finanzielle Unterstützung angeht, alles zu tun, um die Plätze vorzuhalten, die vorgehalten werden müssen. Aber ich bin noch einmal bei Ihnen: Es geht nach dem 1. August natürlich weiter, und die Planungen sind auch so angelegt, dass der Ausbau weitergehen wird; das ist

selbstverständlich. Wir wissen, dass sich eine große Dynamik entwickeln wird, und wir sind da gut aufgestellt.

Ich möchte noch etwas zu einem Punkt sagen, der angesprochen worden ist, nämlich zu dem sexuellen Missbrauch und dem Fonds, den die CDU mit 10 Millionen € eingefordert hat. Frau Doppmeier, Sie haben ausgeführt, es wäre für uns wichtig, dem beizutreten. Ich will eines klarstellen: Sie reden immer von Kindern. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass dieser Fonds und die Entschädigung, die aufgelegt werden sollen, für Erwachsene gedacht sind, denen in der Vergangenheit in Institutionen sexueller Missbrauch widerfahren ist. An dieser Stelle verschließt sich das Land auch gar nicht.

Ich will noch einmal ganz deutlich machen, dass ich es für erstaunlich halte, dass die CDU hier diese Forderung aufstellt, obwohl sie sich eigentlich an die gesetzlichen Krankenkassen und an die Bereiche des regulären Sozialsystems richten muss.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dafür müssen die Rechtsbedingungen geschaffen werden, und für die Schaffung dieser Bedingungen, wozu auch die Abschaffung der Verjährungsfrist gehört, ist der Bund zuständig. Dies liegt inzwischen in der Verantwortung der Ausschüsse des Bundestages. Das heißt, der größte Teil der Länder ist der Auffassung, dass wir klare Rechtsansprüche für einen unbürokratischen Zugang zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und zu den Leistungen nach Opferentschädigungsgesetz brauchen. Das ist die staatliche Aufgabe, die geleistet werden muss. Es ist unredlich, etwas anderes hier in diese Debatte einzubringen. Die Schnelligkeit Ihres Antrags von einem auf den anderen Tag zeigt ja auch, dass das eher eine politische Aktion als eine tatsächliche Überlegung war, wie man den Menschen helfen kann.

Herr Hafke, bei Dingen wie Anmeldefristen sind wir im Gespräch. Dazu haben wir schon mehrere Gespräche geführt; das Verfahren läuft. Ich sage zu den Anmeldefristen so viel, dass wir eine elternfreundliche Lösung und nicht nur eine restriktive Lösung wollen, wenn wir das mit den kommunalen Spitzenverbänden besprechen. Im Übrigen können Sie sicher sein, dass die Meldungen für die U3-Plätze am 15. März bei uns eingehen werden. Das sind jetzt noch 15 Tage. Wir werden sie auswerten, und am 25. März werden die Landesjugendämter abschließend auswerten, wie sich die aktuelle Platzzahl für das neue Kindergartenjahr darstellt. Fakt ist: Wir haben diese 27.000 Plätze finanziert, die Gelder dafür zur Verfügung gestellt. Aber Fakt ist auch: Die Umsetzung erfolgt natürlich in den Kommunen vor Ort. Also wir investieren in Nordrhein-Westfalen weiter in den sozialen Zusammenhalt, in Bildung und Vorbeugung, in Kinder und Jugendliche und damit in Familien, und das ist gut so. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1:49 Minuten überzogen hat. Mir liegen aber keine weiteren Wortmeldungen zu dem Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ vor.

Wir kommen zum

Teilbereich Kultur

Dazu liegt mir eine Wortmeldung vor. Für die CDU-Landtagsfraktion spricht Herr Prof. Dr. Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Zu Beginn ein Zitat:

„Wir werden die Kulturförderung durch das Land für alle Sparten auch in Zukunft auf dem erreichten Niveau erhalten und, wo möglich und geboten, ausbauen.“

So steht es im Koalitionsvertrag der gegenwärtig amtierenden Regierung. Heute haben wir einen Etat vor uns liegen, der eine Kürzung von etwa 9 % bei einem kleinen, aber sehr wichtigen Haushalt zeigt. Von 196 Millionen € sinkt er auf knapp 180 Millionen €. Da ziehen wir Kulturpolitiker über Land und argumentieren, man könne mit 3 % Kulturausgaben in den Städten keine Haushalte sanieren. Wir versuchen, die Städte dazu zu bringen, weiter an ihren Kulturausgaben festzuhalten. Hier geht es nicht um 3 %, hier geht es um 3 %, also 0,3 % des Etats. Die fast zehnpromzentige Kürzung des Kulturetats bedeutet eine Senkung von 0,34 % auf 0,3 %.

Ein anderes Zitat noch:

„Der Kulturhaushalt des Landes ist mittelfristig zu verdoppeln. Angesichts seiner derzeitigen geringfügigkeit ist dies weniger eine Frage der Finanzmittel als eine solche der Prioritätensetzung.“

So steht es in dem Kulturprogramm der CDU aus dem Januar 2005, das zur Umsetzung dieser Ankündigung in den Jahren 2005 bis 2010 führte. Meine Damen und Herren, es geht um die Prioritätensetzung, nicht um die Summen. Das war damals die Wende nach einem beispiellosen Kahlschlag in den Kulturausgaben bis zum Doppelhaushalt von Peer Steinbrück von 2004/2005.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ach so, sollen wir mehr Geld ausgeben, oder was?)

Meine Damen und Herren, jetzt sind wir wieder auf dem Weg, den Kulturanteil pro Kopf auf dem letzten

Platz unter den Ländern der Bundesrepublik zu sichern. Aber es zeigt sich ja schon im Zuschnitt des Ministeriums: Als fünftes Rad am Wagen ohne eigenen Staatssekretär und ohne eigene Bedeutung läuft das eben nur ungeliebt mit.

Meine Damen und Herren, seit zweieinhalb Jahren werden bei den Kulturleuten in diesem Land Hoffnungen auf ein ominöses Kulturfördergesetz geweckt. Große, je individuell verschiedene Hoffnungen knüpfen sich daran, wobei niemand weiß, was das denn nun eigentlich werden soll. Eines ist aber jetzt schon deutlich: Die 5,5 Millionen €, die im Etat 2012 dafür angesetzt waren, werden jetzt einkassiert, übrigens nachdem sie auch 2012 nicht den Kulturleuten zugutekommen konnten. Wie auch?

Da die Regierung das Gesetz immer noch nicht zustande gebracht hat, ist das Geld futsch, und die Enttäuschung in der Szene ist groß. Die Kürzungen klingen ja auch nur auf den ersten Blick harmlos. Da denkt man, die eh ja nur geparkten Mittel bei den Bibliotheken und der ganz gestrichene Ankaufsansatz bei der Kunstsammlung sind doch gar nicht so wichtig. Nein, meine Damen und Herren, es geht um viel mehr. Die Regierung legt den Rückwärtsgang in einem Bereich ein, der in den Jahren 2005 bis 2010 mühsam wieder aufgebaut worden war. Es betrifft zum Beispiel die Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche in den Gemeindezuweisungen. Ist der Kulturrucksack doch nicht so erfolgreich, dass man die Mittel einfach so kürzen kann? Da werden die Mittel für den Substanzerhalt von Kulturgütern um ein Drittel gekürzt. Aber das passt zu den drastischen Kürzungen der Mittel für die Denkmalpflege in einem anderen Etat um über 17 %, gegen die die Verbände Sturm laufen.

Überhaupt lohnt sich auch einmal ein Blick in Etats, die sich mit Kultur überschneiden. Da gibt es einen Ansatz, den wir damals unter dem Titel „Erinnerungskultur“ in der Abteilung Kultur angesiedelt hatten. Er ist dann in die Politische Bildung gekommen – da gehört er auch hin – und ist als Politische Bildung heute auch eine Ecke im Gemischtwarenladen Schäfer. Da wird die Arbeit der Gedenkstätten nun gekürzt, obwohl der Koalitionsvertrag noch vollmundig formuliert:

„Erinnerung braucht Orte, daher wollen wir diese auf gesicherte Grundlagen stellen.“

Von den 2010 erreichten 893.000 € werden jetzt 100.000 € gekürzt, also über 11 %, obwohl der Verband der Gedenkstätten gerade dabei ist, ein neues Konzept umzusetzen.

Oder nehmen wir die Filmförderung. Da werden zwar nur wenige tausend Euro gestrichen; aber sie treffen genau die Breitenarbeit. In einer Stellungnahme heißt es:

„Die Kürzung, die scheinbar gering ausfällt, bedeutet bereits einen Substanzverlust und kann

für einzelne bewährte Institutionen das Aus bedeuten.“

Meine Damen und Herren, mit 16 Millionen € zur Konsolidierung des Haushaltes wird eine ganze Menge Porzellan zerschlagen. Man lese nur einmal die Stellungnahme des Kulturrates, der Vertretung der Kulturverbände im Land Nordrhein-Westfalen, nach. Der Kulturrat befürchtet zu Recht, dass durch die globalen Mittelminderausgaben die Etatansätze noch weiter reduziert werden könnten.

Betroffen davon ist vor allen Dingen die regionale Kulturförderung im ländlichen Raum. Das bedeutet die nicht behobene Bevorzugung des Ruhrgebietes bei JeKi. Gekürzt werden die individuelle Künstlerförderung, die Jugendkulturprojekte und bei der freien Szene. Und viele der dort Tätigen stehen nicht gerade im Verdacht, eine Klientel der CDU zu sein, aber Sie geben jetzt wieder das Signal: Bei der CDU sind Kunst und Kultur besser aufgehoben. Denn von uns wird sie wichtig genommen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist es: Kultur muss wichtig genommen werden. Und das ist das Entscheidende.

Meine Redezeit ist leider zu Ende; deshalb nur noch eine Anmerkung. Wir werden keine Einzelanträge zum Kulturetat stellen. Denn wir wollen nicht das Signal geben, als seien die Kürzungen beim Ankaufsetat und anderen nicht so wichtig. Wir lassen uns auf die gesamte Systematik dieses Etats nicht ein.

Die fast neunprozentige Kürzung des Kulturetats ist falsch und ein fatales Signal. Wir lehnen diesen Etat selbstverständlich ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Prof. Sternberg. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bialas.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Andreas Bialas (SPD): Ich habe nur geschaut, ob jetzt ein Präsident oder eine Präsidentin hinter mir sitzt. Daher erfolgte noch einmal der Blick nach hinten.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Gut, dass das geklärt ist. Dafür bin ich Ihnen dankbar.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für Kultur ist eingebracht. Wir diskutieren darüber, und ich sa-

ge Ihnen ganz ehrlich: In der Höhe wirkt er auch bei mir zunächst einmal nicht Freude auslösend. Das ist vollkommen klar, und da gibt es auch nichts schönzureden.

Es gibt auch schönere Tage und schönere Situationen, als hier vorne zu stehen und darüber jetzt zu sprechen. Da braucht man sich doch nichts vorzumachen. Mehr zu verteilen, ist immer schöner. Mehr Geld auszugeben, ist immer schöner. Das ist grundsätzlich auch immer besser.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Nein, das ist nicht so!)

Aber seit zwei Tagen reden Sie nur vom Sparen und geben Presseerklärungen ab. Sie sagen, die Koalition nehme die Zukunft nicht ernst, dass Sie wieder vor Gericht ziehen würden und dass wir uns an der Zukunft versündigen würden.

Wir reden auch vom Sparen – aber ganz konkret. Sobald es ganz konkret wird, ist das Geschrei groß. Dann heißt es: Bloß nicht bei uns! Bloß nicht hier! Bloß nicht jetzt! Nicht hier, sondern überall woanders!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: Nein, nein, nein!)

Noch einmal: Wenn man das Spargespenset ruft und die Geister dann auch kommen, dann kann man nicht immer nur wegducken, so schwer es auch an dieser Stelle ist. Wir nehmen das Sparen ernst, und es ist mit Sicherheit keine Vergnügungsveranstaltung.

Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsplan einen Vorschlag gemacht. Der gefällt mir nicht. Der passt mir nicht für den gesamten Einzelplan. Daraus mache ich gar keinen Hehl. Aber ich begrüße den grundsätzlichen Sparwillen dieser Regierung. Die Landesregierung stellt sich dieser schwierigen Aufgabe. Ich danke ausdrücklich der Ministerin, die für die Rahmenbedingungen dieses Einsparvolumens gekämpft und dabei ihr Verhandlungsgeschick eingebracht hat.

Der Arbeitskreis ist nicht mit allen Kürzungsvorschlägen einverstanden. Wir werden Änderungsanträge einbringen, und die Fraktion hat dann darüber zu beschließen. Gerade im Bereich „Kinder und Jugendliche“, im Bereich der regionalen Kulturförderung, bei der Interkultur, bei der Filmförderung, im Bereich der Literatur, aber auch beim Umfang der noch eingestellten Back-up-Mittel für die Implementierung des Kulturgesetzes sehen wir Kürzungen kritisch. Wir wünschen uns in diesen Bereichen Änderungen, und wir befinden uns noch in der Diskussion darüber. Dieser Etat wird heute nicht endgültig verabschiedet.

Nur, was macht die Opposition? – Ich gehe nur ganz kurz auf Röttgens Versprechungen im Wahlkampf und den Vergleich mit der Sparliste der CDU

ein: Das dritte Kindergartenjahr bleibt beitragsfrei. – Der Vorschlag ist kassiert. Keine erneuten Studiengebühren. – Der Vorschlag ist kassiert. Höhere Hilfen für die Kommunen. – Der Vorschlag ist kassiert. Kein Sparen bei Kultur. – Auch der Vorschlag ist kassiert, wenn man davon ausgeht, dass man insgesamt 20 % bei den Fördermitteln kürzt. Das ist das Doppelte von dem, was hier vorgeschlagen worden ist.

Insofern kann ich an Ihre Adresse sagen: Herr Laumann äußerte sich diesbezüglich, dass es im Hinblick auf die Fördermittel um Wahlgeschenke und Prestigeobjekte gehe. Also, in der Kultur gibt es keine Wahlgeschenke und mit Sicherheit auch keine Prestigeobjekte, die man wegrasieren kann.

Die Haltung der Opposition gipfelte dann im Kulturausschuss. Dort schlägt traditionell eigentlich die Stunde der Opposition, in der sie Kritik, Gegenwürfe und Änderungsanträge einbringt. Doch nichts geschah. Wir vernahmen eine gespenstische Abwesenheit der Opposition bei körperlicher Anwesenheit, und wir waren nach zehn Minuten durch. Ich betone: nach zehn Minuten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir übernehmen grundsätzlich aber auch gerne die Oppositionsrolle mit. Wir sind in den intensiven Diskussionen darüber, an welcher Stelle gespart und an welcher Stelle nicht gespart wird. Wir sind in der intensiven Diskussion über den verlässlichen Rahmen der nächsten Jahre im Lichte der Schuldenbremse im Jahre 2020. Wir befinden uns in der intensiven Diskussion über Leitplanken, in denen sich die Kultur in den nächsten Jahren entwickeln kann. Wir werden beantworten, wohin dieser Reise geht.

Ich begrüße ausdrücklich die intensiven Gespräche auch mit dem Kulturrat, mit den Verbänden und mit der Szene, die das natürlich kritisch begleiten. Ich bin für jeden dankbar, der die Kultur, die Bedeutung und den Wert von Kultur ins Land trägt und darüber spricht.

Was beinhaltet der vorgelegte Haushalt darüber hinaus? – Der Haushalt liegt höher als bei der Regierungsübernahme im Jahr 2010. Es ist die anteilige Übernahme der Tarifsteigerung der Landeseinrichtungen und damit das klare Vorbild für die Kommunen. Es ist weiterhin der größte Anteil der kommunalen Kofinanzierung, der bestehen bleibt. Wir erhöhen die Mittel für den besonders wichtigen Bereich der Bibliotheken. Wir stellen die institutionelle Förderung sicher. Darüber hinaus ist der Gesamthaushalt 2013 geprägt vom weiten Blick, dass nur eine gesunde Grundfinanzierung der Kommunen die Sicherung der Angebotsstruktur gewährleistet und auch das Entwicklungspotenzial hebt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Schmitz für die FDP-Fraktion zu uns.

Ingola Schmitz (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kulturpolitik der Landesregierung ist ein Drama, ein klassisches Drama, bestehend aus Exposition, Steigerung, Peripetie, retardierendem Moment und Katastrophe.

Beginnen wir mit der Exposition. In den Jahren 2005 bis 2010 verdoppelte die schwarz-gelbe Landesregierung den Kulturhaushalt. Die CDU forderte im Jahre 2011, ein Bibliotheksgesetz zu gestalten. Der Landtag beschließt, dass die Landesregierung ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen solle, auf das wir bis heute alle warten.

Inzwischen stockt die Bundesregierung den Kulturetat für das Haushaltsjahr 2013 um weitere 100 Millionen € auf, ohne ihre Haushaltssanierung zu gefährden.

Die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen reagiert mit dem ersten Auftritt. „Kunst und Kultur sind kein Luxus“, hören wir da von der Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalens in ihrer Regierungserklärung – wir, die FDP-Landtagsfraktion, stimmen dieser Aussage voll und ganz zu –, und es folgen die Worte: „... und dürfen es auch in schwierigen Zeiten nicht sein.“ Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, auch da können wir Sie nur bestärken. Ein erster starker Auftritt, in der Tat.

Denn die Kultur in allen ihren Erscheinungsformen bildet die Grundlage für die geistigen und ideellen Dimensionen menschlichen Daseins. Ohne den Schutz und die Förderung des Landes ist es unmöglich, das kulturelle Angebot in Nordrhein-Westfalen in seiner ganzen historisch gewachsenen Breite und Vielfalt zu erhalten.

Aber wie lauten die Worte des Alten Testaments? – Nicht an ihren Worten sollt ihr sie erkennen, sondern an ihren Taten. Die dort vor 2.000 Jahren niedergeschriebene Weisheit soll auch im Hier und Heute wieder ihren Spiegel finden.

Was geschieht? Kam es im ersten Auftritt zu einer Steigerung, so mündet die politische Strategie nun in der Peripetie und erreicht ihren Höhepunkt. Noch während der Kulturrat und weitere Vertreter der Kultur in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Kulturministerin über ein Kulturfördergesetz diskutierten, verkündete die Ministerin den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie der Öffentlichkeit in einem Atemzug: Der Kulturförderetat wird um 12 Millionen € gekürzt. -Tumult, Enttäuschung, Unverständnis.

Das noch soeben eifrig diskutierte und im Entstehungsprozess befindliche Kulturfördergesetz erscheint nun wie eine Farce. Die Kulturschaffenden fühlen sich hintergangen, verspottet, verhöhnt.

Stabilität und Planungssicherheit, sie sollten fortbestehen, auch in schwierigen Haushaltszeiten, so hieß es. Und nun? Alle dürfen sehen, wo sie bleiben. Ja, alle dürfen sehen, wo sie bleiben. Dies ist der rot-grüne Faden der Politik der Landesregierung überhaupt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Folgenden kommt es im kulturellen klassischen Drama der Landesregierung zum retardierenden Moment. Die Protagonisten verschwinden von der Bühne und überlassen den Betroffenen das Feld, die nun nicht wissen, wie sie mit der überproportionalen Kürzung von 8 % umgehen sollen, und bereits ahnen, welche weitreichenden Folgen dieser Akt für sie, für die Städte und Kommunen haben wird.

Denn Kulturförderung ist zu 80 % eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Der Förderanteil des Landes signalisiert jedem: Kulturförderung ist eine gezielte Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Lieber Herr Bialas, der Kulturetat ist nicht dazu geeignet, den Haushalt zu konsolidieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Ingola Schmitz (FDP): Im Moment möchte ich mit der Rede fortfahren. Danke.

Jetzt wendet sich das Blatt. Sie, Frau Ministerin, propagieren mit Begründung der Haushaltskonsolidierung die beabsichtigten Kürzungen beispielsweise gerade bei dem Titel der Regionalen Kulturförderung.

Hier sind wir nun wieder bei dem Stand von 2010 angelangt. Wenn Sie nun sagten, das sei ja nun doch immer noch der Betrag, den wir dort eingestellt hätten, antworten wir: Ja, das ist so. Die damalige Verdoppelung war das Auffüllen einer Lücke, einer Lücke, die Sie über Jahre einfach hingenommen haben.

Wir haben auch hier weitere Verstärkung versprochen und unser Handeln im Vorfeld hat gezeigt, dass man sich auf unsere Aussagen verlassen kann.

Sie aber, werte Frau Ministerin, beweisen hier soeben das genaue Gegenteil. Das ist nicht nur ein fatales Signal an die Kulturschaffenden in unserem Land, sondern auch ein fatales Signal an die Kommunen. Kurz: Das Signal führt schlichtweg in eine Katastrophe.

Die Folgen werden nicht lange auf sich warten lassen. Im Zuge der Landeskürzungen steht zu befürchten, dass auch die Kommunen ihre Anstrengungen in diesem Bereich auf Eis legen und die gu-

ten Strukturen in der hervorragenden Kulturlandschaft NRW damit massiv gefährdet werden.

Dabei gab es jüngst erst eine freudige Botschaft zu vermitteln, nämlich dass die Euregio Aachen mit Maastricht auf dem Weg zur Kulturhauptstadt und die erste Etappe bereits erreicht sei. Doch angesichts dieses finanziellen Desasters und der klammen Kassen der Kommunen wird dieses äußerst begrüßenswerte Bestreben möglicherweise ein vorzeitiges trauriges Ende finden.

Der reichen Kulturlandschaft wollten alle Fraktionen endlich mit dem Beschluss eines Kulturfördergesetzes einen planungssicheren Rahmen setzen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Ende, Frau Abgeordnete.

Ingola Schmitz (FDP): Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Dazu hat die Landesregierung seit dem 9. November 2011 den Auftrag, ein Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten. Bisher fehlt aber jeglicher Entwurf für ein solches Gesetz. Es ist zu befürchten, dass dieser auch vorerst nicht vorgelegt werden wird. Denn was sollte nun der Inhalt sein?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir würden die Katastrophe in diesem Drama gerne verhindern und werden dem Etatentwurf nicht zustimmen, sondern ihn mit aller Entschiedenheit ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Keymis für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Ich will mal so anfangen: Ich schließe mich den meisten Worten meiner Vorrednerinnen und Vorredner an, und zwar sowohl im Kritischen als auch im Richtigen und Positiven.

Ich bin allerdings verwundert über die Strategie der Opposition. Zum Ersten habe ich ja die Rolle als Erster übernommen und habe gesagt: Schade, dass uns das Kabinett so einen Vorschlag macht.

Mir wäre es lieber gewesen, in der Kultur nicht mit solchen Kürzungsdiskussionen umgehen zu müssen. Das habe ich früh gesagt, und dabei bleibe ich auch. Das ist bedauerlich. Wir diskutieren heute über den Haushalt, und wir werden über ihn auch noch in einer dritten Lesung debattieren.

Kollege Bialas hat schon richtig angekündigt, wir werden noch über Veränderungen miteinander sprechen, weil uns bestimmte Punkte so gravierend erscheinen, dass wir sie zumindest in unseren Fraktionen noch mal intensiv diskutieren wollen. Das ist wohl auch gut so.

Auf der anderen Seite irritiert mich Folgendes: Wenn wir immer vom Sparen reden und uns konkret über Sparen unterhalten müssen – das ist der Unterschied zwischen Opposition und Regierung –, hätte ich schon ganz gerne gewusst, wie das Sparen zum einen konkret aussehen soll. Aber auch dann, wenn Sie sagen, da sparen wir nicht – dafür gibt es gute Gründe; Herr Sternberg, Sie haben einige erwähnt –, bitte ich vorzuschlagen, mit welcher Deckung Sie Ihre Forderung unterlegen. Das macht die Diskussion so schwierig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin ein alter Hase hier im Landtag, habe die Debatten gerade zu diesem Fachgebiet alle verfolgt und will an die Verdopplung des Kulturförderetats durch Schwarz-Gelb erinnern, die nominal gesehen keine Superleistung war. Das waren 70 Millionen €, verteilt auf fünf Jahre. Das ist gut und richtig gewesen, und wir haben das damals als Opposition immer begrüßt. Aber es ging um keinen Riesenbetrag.

Umgekehrt ist es auch richtig, wir haben beschlossen, im Jahr 2020 die Schuldenbremse einzuhalten, sodass wir von daher alle gezwungen sind, über die Frage nachzudenken: Wie gehen wir mit einem begrenzten Volumen an Geldern um? Das ist die Situation, die leider realistischer ist, als sich manche vorstellen. Sie ist zunächst einmal für alle Fachgebiete eine Herausforderung.

Trotzdem habe ich mich gewundert, dass wir in der Fachdebatte im Ausschuss keinerlei Änderungsanträge vorliegen hatten. Ausnahme: ein Änderungsvorschlag über 100.000 € zur Erinnerungskultur. Dieser Vorschlag ist sicher richtig und war auch gedeckt. Aber weitere Vorschläge gab es nicht, sodass wir von daher keinerlei konstruktive Kritik seitens der Opposition zu erwarten hatten.

Wir haben, was dieses Fachgebiet betrifft, ein sehr schwieriges Programm vor uns. Wir befinden uns in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen genauso wie die Sozialdemokraten – Kollege Bialas hat es klar gesagt – in der Debatte.

Das Kulturfördergesetz ist sicher nicht von einer Million mehr oder weniger abhängig. Es geht um die Grundfrage, ob wir ein solches Gesetz für Nordrhein-Westfalen gemeinsam beschließen wollen. Es geht um die Frage, einen Kulturförderplan aufzulegen, um ein Stück Sicherheit und organisatorische Vereinfachungen im Bereich der Entbürokratisierung, im Bereich der besseren und leichteren Zugänge zu ermöglichen.

Diese Fragen werden im Kulturfördergesetz, dessen Entwurf wir hoffentlich demnächst konstruktiv in diesem Hohen Hause beraten können – auch in entsprechenden Anhörungen. Das ist nicht abhängig von einer Million oder anderthalb Millionen mehr oder weniger oder 10 Millionen mehr oder weniger, sondern das ist eine strukturelle Frage der Kulturförderung des Landes. Wir werden gemeinsam – Rot und Grün – einen guten Schritt vorankommen, wenn wir uns dazu entschließen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich freue mich auf Vorschläge der Opposition, wenn es darum geht, den Kulturförderetat stark zu halten. Wir werden das in den kommenden Jahren an der einen oder anderen Stelle weiter diskutieren. Allerdings war das für diese Beratung eine Fehlannonce. Das wird die draußen, die empört sind, dass in diesem Hohen Hause Kürzungsdiskussionen zu führen sind, auch nicht trösten, wenn von Ihrer Seite nichts kommt und in der entsprechenden Sitzung nicht einmal eine Wortmeldung erfolgte.

Vor dem Hintergrund müssen wir uns konstruktiv mit dem Vorschlag der Regierung auseinandersetzen. Aber Ihr Beitrag war bis auf das pauschale Opponieren relativ gering. Das ist schade. Denn das bemerken auch die, die uns draußen zuhören und unsere Diskussionen verfolgen. Sie sind mit dem, was die Opposition bisher vorgetragen hat, nicht wesentlich zufriedener als mit dem, was wir im Moment zu diskutieren haben. Das Verhältnis ist also ausgeglichen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir werden trotzdem die vielen kulturpolitischen Ansätze, die Vielfalt und den Reichtum unseres Landes weiterhin erleben. Ich sage als Theaterfachmann nichts zu der Analogie mit dem Drama. Heute werden ganz andere Stücke gespielt mit völlig anderen Anfängen und Schlüssen. Lassen Sie sich einfach mal überraschen! – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Piratenfraktion spricht als Nächster Herr Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ich gestern schon einmal erwähnt habe, sind wir Piraten von den Bürgerinnen und Bürgern auch ins Parlament gewählt worden, um neue Lösungen für alte Probleme zu finden und um neuen gesellschaftlichen Entwicklungen in diesem Parlament eine Stimme zu geben. Zu den aktuellen Haushaltsberatungen hat unsere Fraktion nur einige wenige Änderungsanträge – jeweils in Entsprechung zu aktuellen Entwicklungen in der Gesellschaft – gestellt: sei es die Förderung von

lizenzfreien Lehrmaterialien und Open Access im Bereich Bildung oder Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handelns bei Open Government oder die Förderung des kreativen Umgangs mit digitalen Medien in Hackerspaces – ein Antrag, den wir im Kulturausschuss gestellt haben.

Alle Anträge wurden abgelehnt. Aber ich stehe trotzdem hier, weil ich das Angebot der Landesregierung zu einer Politik der ausgestreckten Hand ernst nehme und weil ich gerne im Parlament interfraktionelle Sachpolitik betreiben und Ideen gemeinsam weiterentwickeln möchte.

Da wir erst in der zweiten Lesung zum Haushalt 2013 sind, nutze ich die Gelegenheit, Ihnen auch hier im Plenum unseren Antrag zum Einzelplan 07 – Kultur – zur „Förderung von Hackerspaces in NRW“ vorzustellen.

Viele fragen sich, was Hackerspaces überhaupt sind. Ein Hackerspace ist ein öffentlich zugänglicher Hobby- und Begegnungsraum für Kreative, IT-affine Tüftlerinnen und Tüftler, Bastlerinnen und Bastler.

Meist wird so ein Space, also ein Raum, von einem gemeinnützigen Verein betrieben. Das Programmangebot richtet sich an alle Alters- und Bevölkerungsgruppen und wird durch das Engagement der Mitglieder und interessierter Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Hackerspaces sind wie Bibliotheken kulturelle Einrichtungen des Austauschs und der Begegnung, aber auch ein Ort der praktischen Zusammenarbeit an Projekten und Ideen. Hier lernen viele Menschen außerhalb des schulischen und akademischen Betriebs in meist kostenlosen Seminaren und gemeinsamer Arbeit an Projekten das Programmieren und Gestalten von digitalen Medien.

Das ist das Lesen und Schreiben des digitalen Zeitalters, meine Damen und Herren.

(Beifall von den PIRATEN)

Neben Hackerspaces möchten wir auch die Schwestergattung Makerspaces mit unserem Antrag fördern. Einen Makerspace könnte man auch als einen Hackerspace mit Schwerpunkt Handwerk und innovative Produktionsmethoden bezeichnen. Hier wird mit 3D-Druckern, Lötkolben, Hammer, Säge und Stricknadel gearbeitet. Es entstehen Kunst- und Gebrauchsgegenstände sowie technische Innovationen. Es ist eine völlig neue Form der kreativen Produktion, quasi die nächste Stufe der industriellen Revolution.

(Beifall von den PIRATEN)

Ein solcher Makerspace wird im Übrigen derzeit von der Stadtbibliothek Köln eingerichtet. Ein 3D-Drucker ist hier bereits angeschafft. Bürger können für ein geringes Entgelt im Computer abgespeicherte Modellvorlagen vom 3D-Drucker herstellen lassen. Wie Sie sehen, findet eine öffentliche Förde-

rung solcher Konzepte auf kommunaler Ebene bereits statt. Das Land sollte bei dieser Entwicklung nicht nachstehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Für die Berechnung einer Förderung sind wir von 30 großstädtischen Regionen in NRW ausgegangen. Etwa 20 % des Jahresfinanzierungsbedarfs der Hacker- und Makerspaces sollte gedeckt werden können. Die Gesamtsumme beläuft sich damit gerade einmal auf 133.700 €. Das ist wenig Geld, um existierende Projekte zu fördern und einen Anreiz für die Gründung neuer Hacker- oder Makerspaces zu bieten.

Frau Ministerin, liebe Landesregierung, es liegt jetzt an Ihnen, Ihr Angebot zur Zusammenarbeit in die Tat umzusetzen. Es ist auch ein Angebot an die regierungstragenden Fraktionen. Greifen Sie die Idee auf, setzen Sie sie um, oder kommen Sie bitte auf uns zu. Wir freuen uns auch, es gemeinsam mit Ihnen umsetzen zu können.

Die Verbindung von innovativer Technikbegeisterung, Tüftelei und kreativer Energie ist in Hacker- und Makerspaces einmalig. Die Förderung dieses Potenzials tut dem Standort NRW gut. Die Menschen in den bereits existierenden Hacker- und Makerspaces von Aachen über Köln und Düsseldorf bis nach Bochum, Bielefeld und Münster sind es, die die Kultur- und Kreativitätstechniken des 21. Jahrhunderts stark mitprägen.

(Beifall von den PIRATEN)

Hiermit komme ich zum Schluss. Ich möchte aber noch einen eindringlichen Appell an die Landesregierung richten, den Etat für die Kulturförderung in NRW insgesamt nicht zu kürzen. Es handelt sich um 16,4 Millionen €, die weggestrichen werden sollen. Von Sparen möchte ich lieber nicht sprechen; denn auf diese Weise werden keine Rücklagen für magere Zeiten gebildet. Es wird einfach weiter abgemagert.

Selbst wenn „nur“ ausgelaufene Projekte nicht weiter finanziert werden müssten, es gibt immer Bedarf an Kulturförderung. Es wäre ein wichtiges Zeichen für die Kulturlandschaft in NRW, den Gesamtetat auf dem Niveau des letzten Jahres zu belassen. So, wie Sie es jetzt planen, können wir dem Etat nicht zustimmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Danke schön, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wenn wir als Kulturpolitiker unter uns wären und eigenständig dar-

über entscheiden dürften, welche Etatansätze wir in diesem Bereich festlegen wollen, wären wir uns über alle Fraktionen hinweg schnell einig.

Ich sage aber an dieser Stelle ausdrücklich, wenn der Landeshaushalt konsolidiert wird und wir uns als Landesregierung auf dieses Ziel verständigt haben, dann kann der Kulturbereich nicht als einziger Bereich außen vor bleiben, so schmerzlich es für uns Kulturpolitiker und Kulturpolitikerinnen auch ist. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass dieser Kulturetat mit einem Volumen von rund 180 Millionen € noch um 2,4 Millionen € höher ist, als wir ihn bei der Regierungsübernahme 2010 vorgefunden haben. Auch davor darf man die Augen nicht verschließen.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass es von unserer Seite im kommenden Haushaltsjahr keine Institutionen gibt, die im Bestand oder hinsichtlich ihres Personals gefährdet sind. Es werden keinerlei gewachsene Strukturen beeinträchtigt. Wir haben uns schon sehr viele Gedanken gemacht, was bei den notwendigen Konsolidierungsanstrengungen eingespart werden kann.

Einen Kahlschlag in der Kultur wird es bei uns nicht geben, Herr Prof. Dr. Sternberg. Ich weiß nicht, ob Sie all Ihre CDU-Anträge gründlich gelesen haben. In einem Ihrer CDU-Anträge steht, Sie wollen bei den Förderprogrammen des Landes kürzen. Hier ist ein Volumen von 116 Millionen € angegeben. In der Begründung steht, Sie möchten die Förderprogramme des Landes prüfen und schrittweise um durchschnittlich 20 % abbauen. Sie sagen, das könne man in einem Schritt oder pauschal in mehreren Schritten machen. Herr Prof. Dr. Sternberg, Ihre Maßnahme würde für den Kulturetat des Landes Nordrhein-Westfalen eine Kürzung um 24 Millionen € bedeuten. Ich finde es sehr merkwürdig, dass Sie meinen, die im Kulturbereich tätigen Menschen seien bei der CDU besser aufgehoben. Das müssen Sie mir einmal erklären. Ich glaube, dass kann niemand verstehen. Ihre Begründung ist etwas fadenscheinig, da Sie in diesem Bereich bis auf einen Antrag über 100.000 € keine eigenen Anträge gestellt haben. Es ist so, wie es ist. Sie haben es schwarz auf weiß formuliert.

(Zuruf von Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Aber Sie haben es nicht spezifiziert. Sie haben die Kultur nicht ausgenommen. Wir können nichts anderes kennen als das, was Sie aufgeschrieben haben. Sie können sich Ihre eigenen Parteiprogramme dazu noch einmal anschauen.

Die kulturelle Bildung bleibt für uns auch in diesem Haushalt ein herausragender Schwerpunkt. Wir wollen die guten Entwicklungen weiter fördern. Ich nenne noch einmal die neuen Entwicklungen. Der Kulturrucksack wird hervorragend angenommen, nämlich schon in 130 Kommunen. Wir wollen natürlich auch das Programm „Kultur und Schule“ weiter-

entwickeln. Wir wollen auch das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ in Fragen der musikalischen Früherziehung weiterentwickeln. Auch daran arbeiten wir.

Wichtig ist uns auch, den Theater- und Orchesterpakt fortzusetzen. Dies geschieht mit 4,5 Millionen € zusätzlicher Unterstützung. Hinzu kommt die Aufstockung bei der freien Szene. Ich möchte bitten, dass Sie genau hinhören. Dort wird in diesem Haushaltsjahr nicht um einen Euro und nicht um einen Cent gekürzt. Jemand, der etwas anderes behauptet, der spricht einfach nicht die Wahrheit.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass es in diesem Haushalt Steigerungen gibt, weil wir zu unserer Verantwortung für den Betrieb unserer Kultureinrichtungen stehen. Das betrifft vor allen Dingen den Bereich der Personalkosten. Dort haben wir die notwendigen, weil eben tariflich bedingten Steigerungen mitveranschlagt, soweit es uns möglich war.

Ganz bewusst haben wir den Ansatz für Kulturbauten gekappt, weil wir sparen müssen. Wir sagen: In finanziell schwierigen Zeiten müssen wir nicht unbedingt in Steine, sondern in Menschen und in Projekte im Rahmen der Kultur und der Kunst in Nordrhein-Westfalen investieren.

Richtig ist auch, dass wir den Etat des Kulturförderungsgesetzes, das es noch geben wird, von 7,5 auf 2 Millionen € gesenkt haben. Ich gestehe ein, dass ich den Etat natürlich gerne in der ursprünglichen Höhe beibehalten hätte. Er ist ja auch noch nicht verausgabt worden. Ich denke aber, an der Höhe dieses Etats – Kollege Keymis hat es noch einmal gesagt – macht sich das Kulturförderungsgesetz nicht fest, sondern Sie können sicher sein, dass wir diesen Gesetzgebungsprozess mit Konsequenz weiter verfolgen. Die zeitliche Verzögerung, die es gegeben hat, hatte mit der Neuwahl zu tun. Der Grund war also ganz aktuell. Jetzt sind wir wieder in die Arbeiten eingetreten.

Noch etwas zur regionalen Kulturpolitik: Die Kürzungen um 500.000 € sind angesprochen worden. Jetzt haben wir wieder das Niveau von 2010 erreicht. Ich habe mich gerade eben noch einmal mit Frau Braun-Kampschulte verständigt, die diesen Bereich betreut. Wir wissen, dass die Anträge und die Antragslage in diesem Bereich durch das, was wir in den Etat eingestellt haben, gedeckt werden können, weil sich die Antragslage unter anderem durch die Situation in den Kommunen, die ihrerseits einen Beitrag leisten müssen, in der Tat nicht überdimensional nach oben entwickelt, sondern sich auf dem Niveau eingependelt hat, wie es sich 2010 etabliert hatte. Auch dabei sind wir also mit Augenmaß vorgegangen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Noch etwas zu den 2 Millionen €, die wir im Bereich des Kulturfördergesetzes haben: Solange dieses Kulturfördergesetz nicht etabliert ist, werden wir im Bereich der Bibliotheksunterstützung diese Position einsetzen. Das ist ein guter Weg für Nordrhein-Westfalen. Ansonsten haben wir eine maßvolle Konsolidierung vorgenommen. Ja, sie ist schmerzhaft, es wäre mir auch lieber anders gewesen; aber ich glaube, dieser Weg ist noch verantwortbar und vertretbar. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Zum Teilbereich „Kultur“ des Einzelplans liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Die wären im Übrigen auch nicht zulässig, da sämtliche Redner ihre Redezeit mehr oder minder stark überzogen haben.

Wir treten damit ein in den

Teilbereich Sport

Ich darf zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Müller das Wort erteilen.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ach, wie war es doch vordem mit Landessportbund und Landesregierung so schön bequem. Man herzte sich. Am Wahlabend fielen Mitglieder des Präsidiums den Wahlsiegern um den Hals. Jubelorgien! Drückorgien! Man konnte Angst haben, dass das nicht verletzungsfrei abgeht. Gott sei Dank ist es verletzungsfrei abgegangen.

Es ging weiter: Der Koalitionsvertrag, eine wunderschöne Lyrik der bestehenden Zustände, die ja nicht so schlecht sind! Wunderbar! Die Jubelorgien gingen weiter: Nach den Sommerferien, wochenmäßig im Staccato: Jubelmeldungen von Ehrungen, Jubelmeldungen über Fortschritte im Sport! – Es war rührend.

Aber: Noch am 9. Dezember 2012 steht in der „Welt am Sonntag“: Wie Spitze ist unser Sport? Ministerin Ute Schäfer und Walter Schneeloch, Präsident des Landessportbundes, über Talentförderung, Spitzenleistungen und Tränen der Rührung. Gekonnt spielten sich Schäfer und Schneeloch beim Gespräch die Bälle zu.

Und dann? Und dann spielt Frau Schäfer einen katastrophalen Fehlpass: Am 23. Januar 2013 schreibt der Landessportbund an alle Delegierten in den Mitgliedsorganisationen zum Thema „Pakt für den Sport“: Pakt für den Sport mit der Landesregierung vorläufig gescheitert! Heute müssen wir leider feststellen, dass die Landesregierung ihre Zusage

nicht eingehalten hat. – Mein Schreibtisch ist fast leer, keine Jubelmeldungen, ich höre nichts mehr.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU)

Irgendwie hatte ich mich doch schon an die „schöne heile Welt“ gewöhnt.

Man muss es sagen: Im Koalitionsvertrag steht zu diesem Thema:

„Wir streben eine vertragliche Regelung für die gesamte Legislaturperiode an, in der dem Landessportbund Planungssicherheit gegeben werden kann.“

Frau Schäfer, Sie müssen sich beeilen; denn das erste Jahr ist fast herum.

Aber, ich habe Trost für den Landessportbund: Der Landessportbund ist ja nicht alleine. Viele andere haben vor der Wahl auch etwas anderes versprochen bekommen, als es nach der Wahl gehalten worden ist. Und in jeder Plenarsitzungswoche werden es mehr, wie wir hier feststellen können, getreu dem Motto: Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Schäfer, ich fordere Sie auf, Ihre Versprechen in Sachen „Sport“ einzuhalten. Dazu haben Sie noch Gelegenheit.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Die werden wir auch nutzen!)

– Es ist schade. Der Schmelzer ist nicht da. Der hat sonst immer ein paar Zwischenrufe gemacht.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Ich habe hier gelernt: Alles, was Rot-Grün für gut hält, hat die Landesregierung gemacht. Alles, was Rot-Grün für schlecht hält, hat die Bundesregierung gemacht. Das ist hier Tenor.

(Zurufe)

– Das ist so. So wird das hier dargestellt.

Zu Ihrer Beruhigung will ich Ihnen sagen: Es kommt kein Wort der Landesregierung zu der Tatsache, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Erhöhung der Steuerfreibetragsgrenze von 2.100 auf 2.400 € für die Übungsleiter und eine Erhöhung der Ehrenamtspauschale von 500 auf 720 € für die Vorstandsmitglieder beschlossen hat.

Es gibt noch etwas Interessantes, Frau Schäfer: Im „momentum“ – Fachleute wissen, um was es geht – gibt der Landeshaushalt auf einmal 100.000 € weniger an. Auf Nachfrage, warum es 100.000 € weniger gibt, hören wir, das sei wegen der Sponsoren. – Auf eine weitere Nachfrage, wer der Sponsor ist, erfährt man: Sponsor ist die Bundesregierung, die diese 100.000 € zahlt. Das heißt, wenn es Ihnen nicht passt, unterdrücken Sie auch noch Fakten.

(Beifall von der CDU)

So ist das. Wir haben noch den Antrag zum Ehrenamt, zur Übungsleiterpauschale gestellt. Mich hat es nicht gewundert, dass der Antrag abgelehnt worden ist. Wir haben 84 Anträge gestellt. Was müssen wir schlecht sein, wenn wir 84 Anträge stellen? Das widerspricht aber jeder Lebenserfahrung. Es ging nämlich bei der Ablehnung nicht um die Frage, was in dem Antrag steht, sondern wer obendrauf steht. So ist das hier.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bischoff das Wort.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Müller, dass Sie hier in fünf Minuten zum Thema „Haushalt 2013“ jetzt drei Sätze zum Haushalt gesagt haben, nämlich dass Sie einen Antrag gestellt haben, das ist bemerkenswert.

Der „Pakt für den Sport“ ist nicht Bestandteil des Haushalts. Das wissen wir Fachleute.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

– Natürlich nicht. Der „Pakt für den Sport“ ist ein Pakt, der zwischen Landesregierung und Landessportbund geschrieben wird und dann für die nächsten Jahre festlegt, was ansatzweise im Haushalt steht.

(Zuruf von der CDU)

Über den Haushalt haben Sie gar nichts gesagt, und dann haben Sie erzählt, dass die Bundesregierung Sponsor bei Veranstaltungen sei, wo ich gar nicht weiß, welche. Gut, das behalten Sie dann für sich. Ist auch gut. Das ist schon erstaunlich.

Ich will deswegen ein paar Sätze zum Haushalt sagen, bevor ich natürlich auf den „Pakt für den Sport“ eingehe. Es ist ein schwieriges Thema – gar keine Frage –, aber ich will es hier auch nicht übergehen.

Wenn man sich mit dem Haushalt beschäftigt, kann man sehen, dass er gegenüber dem Haushalt 2012 wenige Veränderungen hat. Das zeigt in meinen Augen Kontinuität. Das zeigt in meinen Augen, dass wir in Sachen Sportpolitik ausgewogen aufgestellt sind. Wir haben immer die Ausgewogenheit zwischen Spitzen- und Breitensport zu berücksichtigen.

Im Haushalt enthalten ist, dass die Kanu-Weltmeisterschaft in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen stattfinden wird, sogar in meiner Heimatstadt Duisburg, dass wir letztes Wochenende die Deutschen Meisterschaften der Leichtathletik in Dortmund hatten. Wir haben jedoch gleichzeitig die Sportpauschale für die Kommunen im Haushalt, dass die Breitensportvereine ihre Vereinsanlagen

entsprechend pflegen können. Wir haben die Förderung von Trainern, wir haben die Förderung von Anlagen für den Spitzensport, und wir haben gleichzeitig die Übungsleiterpauschale, die wir alle gern ein bisschen höher hätten – Sie haben gesagt, Sie haben da einen Antrag gestellt –, auch für den Breitensport.

Darüber hinaus haben wir gesellschaftlich-relevante und politisch interessante Programme wie „Integration durch Sport“, wie „Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport“, die wir gemeinsam mit dem Landessportbund auf den Weg bringen.

Ich finde wichtig, das zu skizzieren, weil es deutlich macht, dass wir auf einem guten und richtigen Weg sind. Es freut einen auch, dass man dafür auch Lob bekommt. Das kann ich Ihnen sagen.

Am Freitagabend war der Empfang für die Teilnehmer der Deutschen Meisterschaften der Leichtathletik in Dortmund. Da waren Sie nicht da. Wenn Sie dort gewesen wären, hätten Sie gehört, dass der Präsident des Deutschen Leichtathletikverbandes, Prokop, NRW in seinem Förderungscharakter außerordentlich gelobt und deutlich gemacht hat, dass wir in Sachen Sportpolitik ganz vorn dabei sind.

Am Dienstag war der Westdeutsche Skiverband im Ausschuss. Da waren Sie dabei. Der hat das auch gelobt. Es ist interessant, die Verbände loben eindeutig die Sportpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Und Sie sagen gar nichts dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich will ich das Thema „Pakt für den Sport“ hier nicht ignorieren. Gar keine Frage. Sie haben vorgelesen, was in der Koalitionsvereinbarung steht. Ich kann Sie und alle Beteiligten beruhigen: Dazu stehen wir. Als Sozialdemokraten – ich weiß es auch von den Grünen; das wird Frau Paul vielleicht gleich noch ausführen – stehen wir zum „Pakt für den Sport“.

Es ist in der Tat so, dass es in den Verhandlungen Verzögerungen gegeben hat. Das macht die Landesregierung und nicht wir als Fraktion. Aber wir haben die Dinge in Gesprächen natürlich begleitet. Wir bedauern, dass es eine Verzögerung gegeben hat. Es gibt bestimmte Notwendigkeiten, weil die Entwicklung der Sportwetten durch Veränderungen innerhalb der Sportwetten nicht so absehbar ist, und Teile der Landesregierung dann erklärt haben, sie benötigten Zeit für Beobachtung.

Es ist aber auch klar, dass der Staatssekretär – da waren wir auch zusammen – bei der Mitgliederversammlung des Landessportbundes für die Landesregierung erklärt hat, es werde angestrebt, dass in der ersten Jahreshälfte ein entsprechender Pakt umgesetzt wird. Ich kann Ihnen versichern: Machen Sie sich keine Sorgen. Der Pakt für den Sport wird bald umgesetzt werden.

Noch einmal ganz laut: Wir als sozialdemokratische Fraktion stehen zum „Pakt für den Sport“. Weil wir

dazu stehen, haben wir es in den Koalitionsvertrag geschrieben, und es wird den „Pakt für den Sport“ bald geben. Das kann ich Ihnen versichern, übrigens auch den Funktionären der Sportverbände.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mich hier vergleichsweise kurz fassen. Das Sportjahr 2013 hat begonnen. Es hat interessant begonnen. Ich habe auf ein paar Veranstaltungen hingewiesen, die Highlights für Nordrhein-Westfalen sein werden. Dort, wo wir als Land NRW die Zuständigkeit und Verantwortung haben, bietet der Landeshaushalt im Bereich des Sports eine gute Grundlage dafür, dass dieses Sportjahr ganz hervorragend gelingen, sehr aufregend werden und erfolgreich fortgesetzt wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte natürlich um Zustimmung für den vorgelegten Sporthaushalt. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen versteht sich als Sportland Nummer eins. Das ist allgemeiner Konsens hier im Landtag. Dafür hat auch die vorherige schwarz-gelbe Landesregierung mit großem Erfolg gekämpft. Völlig zu Recht haben Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, das erkannt und Wort für Wort in Ihren Koalitionsvertrag hineingeschrieben.

(Lachen von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Die Sportpolitik des Landes war trotz oft schwieriger finanzieller Lage und jenseits der politischen Farbenlehre in der Vergangenheit immer erfolgreiche Politik. Denn wir haben in Nordrhein-Westfalen bei der Förderung von Sport und Bewegung eine Struktur und ein Miteinander gefunden wie es für andere Länder beispielgebend war und ist.

Die vielfältigen Programme und Konzepte, ob jetzt „Sport für alle“, „NRW bewegt seine Kinder“ oder „QuietschFidel“ oder wie sie alle heißen oder von wem sie angestoßen wurden, sind echte Renner und in den meisten Fällen wahre Erfolgsgeschichten. Völlig zu Recht sind wir in Nordrhein-Westfalen seit Jahren sozusagen Tabellenführer in vielen Bereichen des Breiten- wie auch des Spitzensports. Das bestätigen uns auch unsere Sportler, Vereine und Verbände und nicht zuletzt der Landessportbund als unser erster und wichtigster Ansprechpartner im Sport.

Wesentliches Instrument dieser engen Vernetzung von Politik und organisiertem Sport ist seit 2011, als also seit der Minderheitsregierung von SPD und

Grünen, der „Pakt für den Sport“. Dieser ist – wie Sie wissen – als Nachfolger des vom Landessportbund und von unserem liberalen Sportminister Ingo Wolf 2008 abgeschlossenen „Bündnisses für den Sport“ ins Leben gerufen worden, um bürgerschaftliches Engagement in den 20.000 Sportvereinen zu fördern.

Ob jetzt Pakt oder Bündnis – ich will hier keine Wortklauberei betreiben. Mir ist es letztendlich auch egal, wie wir das Kind nennen. Hauptsache es ist gesund, Hauptsache es ist fit. Ich kann sagen: Das war es auch in der Vergangenheit.

Ich habe eingangs den Koalitionsvertrag erwähnt und will das an dieser Stelle noch einmal tun. Ich zitiere eine Stelle, die haben Sie zwar gerade schon gehört – ich bedanke mich beim Kollegen Müller, der hat die Stelle nämlich schon zitiert – nur die ist so gut, dass es fast schon ein Treppwitz ist. Und das geht so:

„Wir“

– das sind Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen und auf der Regierungsbank –

„streben eine vertragliche Regelung für die gesamte Legislaturperiode an, mit der dem Landessportbund Planungssicherheit gegeben werden kann.“

Das ist ja mal ein Wort, denkt man.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Das wäre nach allgemeinem Verständnis genau die Planungssicherheit, die sich der Landessportbund in nachvollziehbarer Weise seit vielen Jahren wünscht. Seit Abschluss des Koalitionsvertrags sind schon einige Monate ins Land gegangen, in denen wir von verschiedenen Stellen immer wieder gehört haben, dass man zwischen Landessportbund und Landesregierung auf einem ordentlichen Weg sei.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die FDP wäre auch im Sinne des Sports sehr froh und glücklich, wenn es auch nur so gewesen wäre. Ein Blick in den vorliegenden Haushaltsentwurf zeichnet da leider ein ganz anderes Bild von der Wirklichkeit, um nicht zu sagen, das glatte Gegenteil. Glatte 3 Millionen € streichen sie bei den Zuschüssen an den Landessportbund, 1 Million € wandert in den Schulhaushalt. Herr Bischoff, wieso das nichts mit dem Haushalt zu tun hat und dass das kein Angriff gegen den „Pakt für den Sport“ ist, das müssen Sie mir bei anderer Gelegenheit noch einmal erklären.

Das ist, meine Damen und Herren – da bleibe ich in der sportlichen Terminologie –, ein ganz übles Foul am Sport in Nordrhein-Westfalen. Und da ist Ihr „Pakt für den Sport“ das Papier nicht wert, auf dem er steht.

(Beifall von der FDP)

Was das wirklich mit Planungssicherheit für den Sportbund, für die Verbände, für die Vereine zu tun, das müssen Sie uns und allen Partnern im Sport noch einmal erklären.

Die Reaktionen sind eindeutig. Ich kann auch nachvollziehen, dass der Landessportbund – ich formuliere das ganz höflich – wenig angetan ist von dem, was Sie hier vorlegen. Für die FDP, meine Damen und Herren, gilt das übrigens ebenfalls. Wir lehnen diesen Haushalt ab und hoffen, dass Sie sich eines Besseren belehren lassen und Nordrhein-Westfalen als Sportland Nummer eins nicht gegen den Abstieg spielen muss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Holger Müller [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne bei der letzten Äußerung des Kollegen Lürbke anfangen. Wenn bei der Kürzung von 1 Million € für den Landessportbund der Untergang des Sportlandes Nordrhein-Westfalen ansteht, dann frage ich mich allen Ernstes, lieber Kollege, in welcher Realität Sie unterwegs sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben Millionen und Milliarden Umsätze in der Fußballbundesliga. Wir haben im Breitensport ein bürgerschaftliches Engagement, was sich in dreistelligen Millionen-Beträgen, sogar im Bereich von Milliarden ausdrückt. Das preisen Sie immer zu Recht an. Ausgerechnet die Partei, die immer postuliert, wir sollten uns nicht als Politiker nicht so dicke machen, wir sollten uns ein Stück zurücknehmen, wir sollten auf die Gesellschaft setzen, die sagt, weil der Landessportbund 1 Million € weniger bekommt, breche diese Welt zusammen. Sie haben, glaube ich, die Realität nicht nur nicht richtig eingeschätzt, sondern Sie liegen komplett daneben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Um noch einmal das aufzugreifen, was Frau Ministerin gesagt hat: Mich hat es beim Kulturetat schon ziemlich erschrocken, was hier vorgetragen worden ist. Ich glaube, die CDU-Fraktion war nicht in der Lage zu antizipieren, was sie einstimmig beschlossen hat. Wenn man 20 % bei den Förderprogrammen einsparen will, dann ist die Zahl relativ einfach zu errechnen. Dann sind das minus 24 Millionen € im Kulturetat. Im Sportetat wären es etwa 15 Millionen €, die dann wegfallen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt habe ich es etwas zu dicke gemacht. Dabei sind natürlich auch Personalkosten gewesen, zugestanden. Die Summe ist etwas kleiner, aber weit mehr als die Million beim Landessportbund und weit mehr als die 2,5 Millionen €, die im Bereich der Zuschüsse für Projektmaßnahmen für den Landessportbund da zusammenkommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind schizophren. Sie sagen den Leuten nicht die Wahrheit. Auf der einen Seite wird im Etat gekürzt, auf der anderen Seite blasen Sie sich auf und sagen: Rot-Grün wäre nicht in der Lage zu sparen. Sie sind komplett abgemeldet bei dieser Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen auch noch einmal die Zahlen, Herr Kollege Müller, weil ich Sie ja nicht nur sympathisch finde, sondern außerordentlich sympathisch. Das will ich ganz klar dazu sagen. Man muss die Fakten schon auf den Tisch legen. Wenn wir 28 Millionen € Zuschuss für den Landessportbund in diesem Jahr haben und 20 % wegstreichen, dann sind das 5,6 Millionen € netto.

Wenn wir es genau rechnen – da ist die CDU wie immer unpräzise, weil sie nicht sagt, was sie mit Förderprogrammen meint: Sind das die freiwilligen Ausgaben oder sind das die landesgesetzlichen Ausgaben –, wenn Sie das Muster zusammenschnüren lassen, dann sind wir in Wirklichkeit schon bei 12,6 Millionen €, nämlich 45 %, die dann wegfallen würden. Ich könnte das auf die anderen Titel noch weiter übertagen.

Wenn Sie sich die Zahlen in der Reihe und auch die Ist-Ergebnisse seit 2010, seit Regierungsübernahme angucken, dann werden Sie sehen, dass der Ausgabenbereich relativ präzise auf der gleichen Höhe geblieben ist. Wenn Sie jetzt sagen, im Bereich der Zuschüsse für den Landessportbund fallen nicht nur 1 Million € weg, sondern 2,7 Millionen €, dann müssen Sie – ich hoffe, Sie haben den Haushaltsplan gelesen, ich habe ihn extra mitgebracht, anhand der Zettel sehen Sie, ich habe ihn auch gelesen – feststellen, dass von diesen 2,7 Millionen € die komplette Summe aus den Bereichen Oddset und Spielwetten kommt. Das ist eine schlichte Prognose. Das hat mir Kürzungen nichts zu tun, sondern ist die Erwartung der Einnahmen aus dem Glücksspiel. Wenn es mehr wird, dann kommen die auch da rein, wenn es weniger wird, dann fallen sie auch weg. Das hätten Sie noch dazu sagen müssen: Gar keine Planungssicherheit; denn da fällt vielleicht noch viel mehr weg.

Dieses Fabulieren und sich ohne jeden Gegenantrag hier hinzustellen und zu sagen, die Landesregierung würde kürzen, sie hätte kein Konzept, das fällt doch komplett auf Sie zurück. Ich habe jetzt deutlich gemacht, wo Sie neben der Spur sind und warum Sie fachlich hier nichts geboten haben. Und, das möchte ich, mit Verlaub, noch einmal dazu sa-

gen: Ich greife den Titel „Förderung von Spitzensportanlagen“ heraus. Da hatten wir, glaube ich, 8 Millionen € im Haushalt, im Ist 7,3 Millionen € ausgegeben. Sie suggerieren, als wenn mit diesen 7 Millionen € Schalke 04, Borussia Dortmund und Borussia Mönchengladbach berücksichtigt worden seien. Das ist kompletter Unfug.

Sie verzerren das Bild, das im Sport herrscht, verlagern sich auf Nebenkriegsschauplätze. Natürlich ist es immer einfacher, als Ministerin, als Minister oder auch als Sportpolitiker zu sagen: Ich habe hier die große Schatulle, kann hier mehr ausbreiten. – Aber darum geht es nicht. Wir müssen diesen Landeshaushalt konsolidieren und auf Kurs bringen. Da sind Sie nicht mit von der Partie. Da machen Sie sich einen schlanken Fuß.

Insofern erwarte ich natürlich, dass Sie ihn ablehnen. Aber Sie werden sicher Verständnis dafür haben, dass wir unseren Weg konsequent fortsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer! In der letzten Plenarsitzung hatten wir eine Strukturdebatte über die Sportförderung.

Heute haben wir eine Haushaltsdebatte. Haushaltsdebatten sind auch Strukturdebatten, umso mehr freue ich mich, dass ich dieses Thema noch ein wenig anschneiden kann.

Herr Bischoff, Sie haben zuletzt gesagt, dass die von uns angestoßene Strukturdebatte nicht notwendig sei und dass Sie alle von uns geforderten Punkte bereits in Ihrem Haushalt umgesetzt hätten.

Frau Paul von den Grünen hat mir anhand einer Salve von Titeln und Kapiteln darzustellen versucht, dass sich all diese Forderungen bereits im Haushalt abbilden ließen.

Vielen Dank dafür. Wir haben ein wenig nachgeforscht und stellen fest: Mit einer verschwindend kleinen Summe fördern Sie den Breitensport im Allgemeinen sowie den Fußballverband, den Landessportbund, die DLRG, zweimal das Sport- und Olympiamuseum und die Stiftung Sport.

Zusammenfassend kann man sagen: Sie fördern die Verbände, darunter Ihren engsten Partner, den Landessportbund, sowie Museen und Stiftungen.

Das ist zwar richtig und wichtig; wir hingegen möchten auch offene kommunale Sport- und Bewegungsangebote fördern und somit eine weitere Säule schaffen.

Leider konnten wir trotz mehrmaligen Lesens nicht erkennen, wo sich unter diesen Haushaltstiteln die Förderung für offene kommunale Sport- und Bewegungsangebote verbirgt.

Herr Bischoff, Sie sagten in Ihrer letzten Rede, dass Sie ein Freund von klaren Worten seien. Das bin ich auch. Ihr Ministerium hingegen scheint es im Umgang mit Ihrem engsten Partner, dem Landessportbund, mit den klaren Worten jedoch nicht so genau zu nehmen wie Sie.

Die Kürzung der Strukturfördermittel für den LSB ist im Erläuterungsband derart „erläutert“, dass man nahezu von vorsätzlicher Täuschung sprechen muss. Ich zitiere: Die Kürzung „kann durch Umschichtung bei Wetterträgen kompensiert werden“.

Mich würde sehr freuen, wenn ich beim nächsten Mal erfahren könnte, wer eigentlich umschichten muss und wo genau das Geld am Ende fehlt. Dann verwirren Sie vielleicht auch nicht Ihre Ministerin, die im Ausschuss felsenfest davon überzeugt war, dass dem LSB keine Gelder fehlen werden.

Unser Fazit für den Erläuterungsband lautet: bewusste Täuschung. Der Berichtersteller druckst herum, und obendrein ist er noch besser informiert als die Ministerin.

Mit Transparenz hat das nichts zu tun.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Schlimme ist: Der Leidtragende ist der Landessportbund. Aber wir wollen ja sowieso alle das Gleiche, ob es nun „Sport für alle“, „Kommunalsport“ oder „offene Sportangebote“ heißt.

Die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen werden nicht müde, zu betonen, dass der Sport Bewegungsmangel verhindern soll; er soll zur Gesundheitsförderung beitragen, er soll die soziale Integration fördern.

Gerade mit seinen 5 Millionen ehrenamtlichen Mitgliedern in den über 80.000 Sportvereinen stellt diese Personengruppe den größten Zusammenschluss von Ehrenamtlichen in NRW dar. Das muss man sich einmal vor Augen führen.

Der Sporthaushalt umfasst knapp 170 Millionen €. Diese 170 Millionen € setzen sich aus den verschiedensten Einzelplänen zusammen. So bekommt der Sport Gelder aus den Einzelplänen 03, 05, 06, 10, 11, 14 und 20, also ein buntes Potpourri – genauso bunt wie unsere Sportlandschaft in NRW.

Meine Damen und Herren, die Sanierung einer einzigen Autobahnbrücke wie zum Beispiel der Rheinbrücke – A1 – kostet schlappe 180 Millionen €. Zum Vergleich: Die gesamte Sportförderung umfasst 170 Millionen €.

Vielleicht helfen Sie mir ein bisschen bei den Argumenten, wie ich dies den Mitgliedern eines Sport-

vereins bei meinem nächsten Besuch erklären kann – eines Vereins, der mangels finanzieller Mittel Teile seiner Abteilungen schließen musste. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht erneut Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zunächst einmal darüber gefreut, Herr Müller, dass Sie die Presselage der Landesregierung zum Bereich Sport so aufmerksam verfolgen. Ich hoffe, dass Sie auch in Zukunft weiterhin die Artikel so fleißig sammeln.

Ich habe mich aber auch darüber gefreut, dass wir gemeinsam – das konnte man den Redebeiträgen aller Vorredner entnehmen – sehr viel Wert darauf legen, dass wir Nordrhein-Westfalen als Sportland weiterentwickeln. Dass Nordrhein-Westfalen Sportland Nummer eins bleiben soll, steht für uns alle außer Frage.

Ich will auch ausdrücklich sagen, dass dies bereits vor der rot-grünen Regierungszeit so war. Hier gibt es eine Kontinuität, an der es festzuhalten gilt. Man kann dem Sport am meisten damit helfen, wenn bei diesem haushaltstechnisch vergleichsweise kleinen Bereich alle Fraktionen beieinander bleiben.

Dass es bei einer Haushaltsdebatte trotzdem unterschiedliche Auffassungen gibt, steht außer Frage. Das müssen wir hier austragen.

Im Sportkapitel sind – das hat der Kollege von den Piraten eben gesagt – knapp 70 Millionen € veranschlagt. Das sind 2,5 Millionen € weniger als im Haushaltsjahr davor. Das ist unser Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Hierzu sage ich: Ebenso wie im Kulturbereich haben wir auch hier versucht, eine maßvolle Anpassung zu erreichen, und zwar dort, wo wir die Belastung durch einen Mittelrückgang für tragbar halten.

Ich kann Ihnen aber den Vorwurf nicht ersparen, Herr Müller – das musste ich auch Herrn Professor Dr. Sternberg sagen –, dass der Antrag der CDU, auf den ich mich hier ausdrücklich noch einmal beziehe, die 20%ige Kürzung von Förderprogrammen über alle Landesförderprogramme fordert.

Aus Sicht der CDU bedeutet das, dass Sie in diesem Kapitel beim Sport 5,2 Millionen € einsparen wollen. Das ist Ihre Hausnummer – doppelt so viel wie wir. Wenn man das auf alle Teile des Einzelplans 07 überträgt und hochrechnet, würde das für den Einzelplan 07 ein Kürzungsvolumen von 55 Millionen € bedeuten. In dieser Höhe will die CDU bei

Familie, Kindern, Jugend, Kultur und Sport einsparen.

Das finde ich schon beachtlich, vor allem, wenn Sie dann noch in die Öffentlichkeit gehen und sagen, wie wichtig Ihnen diese Bereiche sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin, entschuldigen Sie bitte.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ich möchte jetzt gerne auf den „Pakt für den Sport“ eingehen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigen Sie bitte, Frau Ministerin. Würden Sie eine Wortmeldung von Herrn Müller zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, natürlich. Gerne, Herr Müller.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Müller, Sie haben das Wort.

Holger Müller (CDU): Schönen Dank, Herr Präsident. – Dass die Rechnung ständig wiederholt wird, heißt ja nicht, dass sie auch stimmt. Wir wissen alle, dass die Zuwendungen an den Landessportbund als sogenannten Destinatär von den Wetteinnahmen – ODDSET, Spiel 77 usw. – abhängig sind.

(Zurufe von der SPD: Fragen!)

Sind Sie bereit, anzuerkennen, dass das mit Fördermitteln im klassischen Sinne aus dem Landeshaushalt nichts zu tun hat, weil der Landeshaushalt diese Gelder nur weiterleitet?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Das kann ich gerne bestätigen. SKZ Nr. 630 – das sind die Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie umfassen im Sport 25.894.700 €. Ein Anteil davon sind die 5 Millionen €, die ich Ihnen gerade genannt habe. Ich meine also nicht den Wettpool und auch nicht die anderen Konzessionserlöse. Die habe ich gar nicht mit berücksichtigt. Sie müssen schon einmal Ihren eigenen Antrag sorgfältig lesen. Dann können Sie das auch ausrechnen.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Dünkel)

Jetzt komme ich zum Pakt für den Sport. Er ist natürlich noch nicht geschlossen. Mir wäre es auch lieber, wäre er es bereits. Ich will aber noch einmal deutlich machen, dass das Bündnis für den Sport,

das aus der schwarz-gelben Regierungszeit stammt, etwas anderes war; denn es war nicht mit einer finanziellen Summe unterlegt. Es war mehr Prosa und mehr Absichtserklärung. Wir haben den Pakt für den Sport gemacht und ihn auch mit einer Summe unterlegt, die wir dem Landessportbund gerne für die Dauer einer Legislaturperiode garantieren möchten. Das haben wir weiterhin vor. Wir werden das im ersten Halbjahr dieses Jahres zu Ende bringen.

Dazwischengekommen ist uns in der Tat der jüngst abgeschlossene Glücksspielstaatsvertrag, der ein paar Unwägbarkeiten enthält. Wir brauchen wir etwas mehr Planungssicherheit, bis wir tatsächlich wissen, wie wir das Ganze ausgestalten können. Schließlich soll es redlich zugehen.

Dass die Konzessionserlöse dem Landessportbund zufließen, bedeutet aber auch: Im einen Jahr kann es mal ganz viel sein; im anderen Jahr ist es dann weniger. Das weiß der Landessportbund auch. So war das Jahr 2011 ein sehr positives Jahr, von dem man auch noch etwas zehren kann.

Deswegen freue ich mich – das will ich deutlich sagen –, dass der Landessportbund, obwohl wir den Pakt für den Sport nicht verabschiedet haben, seinen Haushalt so belassen hat. Wir sind optimistisch, dass wir das Ganze im ersten Halbjahr im gegenseitigen Einvernehmen auf den Weg bekommen werden;

(Beifall von Norbert Römer [SPD])

denn wir möchten diese enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit gerne fortsetzen und den Pakt für den Sport natürlich erneuern.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Wichtig ist mir auch, dass wir bei der Sportstätteninfrastruktur Wort halten. Das heißt, dass die Sportpauschale im GFG stabil bleibt. 50 Millionen € gehen an die Städte und Gemeinden für den Sportstättenbau. Für den Bau herausragender Sportstätten können wir rund 9,3 Millionen € verausgaben. Wir haben an dieser Stelle allerdings auch einen Konsolidierungsbeitrag von 1,25 Millionen € geleistet, weil wir sagen: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann man darauf verzichten, in Steine zu investieren. Wir investieren lieber in Menschen und in Projekte.

Auch in diesem Jahr unterstützten wir Sportgroßveranstaltungen, die den Sportstandort Nordrhein-Westfalen natürlich weiter stärken sollen.

Ich freue mich sehr, dass Duisburg in diesem Jahr wieder Gastgeber der Kanurennsport-Weltmeisterschaften sein wird. Nach der kurzfristigen Absage von Rio de Janeiro ist jetzt Duisburg am Zuge, weil der Weltverband diese Weltmeisterschaft dort in guten Händen weiß.

Auch die Volleyball-Europameisterschaft der Frauen wird in Deutschland stattfinden, und zwar in Halle in Westfalen, also in meiner Heimat. Dort werden wir Gastgeber sein, wenn die deutsche Volleyballnationalmannschaft im Heimstadion ihre Gegner empfängt.

Im Leistungs- und Nachwuchssport sind wir nach London 2012 dabei, Resümee zu ziehen und Konsequenzen daraus abzuleiten. Wir haben dabei klare Förderprioritäten. Wir wollen Trainerinnen und Trainer bestmöglich unterstützen. Von großer Bedeutung ist für mich aber auch, dass wir die duale Karriere von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern weiter fördern und vor allem für den Nachwuchs unsere NRW-Sportschulen weiter ausbauen. Das sind Investitionen, die den Sport in Nordrhein-Westfalen dauerhaft stärken.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, sind wir auf allen Ebenen gemeinsam mit unseren Partnern aktiv, um den Sport in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln. Mit dem Haushalt 2013 stellen wir hierfür die entsprechenden Mittel zur Verfügung.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich für die gute Kooperation mit allen Fraktionen im Sportausschuss zu bedanken. Ich hoffe, dass sich das in der Zukunft auch so fortsetzen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Beratungen zum Einzelplan 07.

Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über den Einzelplan 07 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2107**, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wer möchte so verfahren? – Das sind die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Piratenfraktion, die CDU und die FDP. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 07** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Dann stimmen wir über den **Antrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/2137** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses Antrags an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend – und den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diese Überweisungsempfehlung? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung so beschlossen.

Nun rufe ich den